

schleht geboten, eine überwältigende Mehrheit gegen die Bedingungen zu schaffen.

Das Urteil der Berliner Parteigenossen liegt in dem Ergebnis der Urwahl vor. Es dürfte eine herbe Enttäuschung für die unbedingten Anschließfreunde bedeuten. Sie haben bisher überall den Anschein zu erwecken gesucht, als ob die Anschließgegner eine winzige Minderheit in der Partei darstellten, und daß die "Massen" entgegen dem Willen einer kleinen Führerschaft stürmisch die Annahme der Bedingungen forderten. Das Ergebnis der Urwahlen zeigt, wie unberechtigt derartige Behauptungen sind, denn gerade in den Massen der Mitglieder in Groß-Berlin treten Anhänger und Gegner der Bedingungen ungefähr in gleicher Stärke hervor.

Es gilt deshalb jetzt, nachdem die Genossen durch die Urwahl ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben, die Entscheidung des Parteitag abzuwarten. Aus demselben Grunde muß auch auf das schärfste verwahrt werden, wenn, wie jetzt in Stuttgart, der Versuch gemacht wird, dieser Entscheidung vorzugreifen und Konflikte herbeizuführen, die die Arbeiterbewegung den schwersten Gefahren aussetzt. Würde das Stuttgarter Beispiel Nachahmung finden, so wäre der Parteitag ja vollständig überflüssig.

Das Ergebnis der Urwahl

Endgültiges Ergebnis in Berlin-Stadt

Im 8. Distrikt wurden abgegeben 1682 Stimmen für und 1081 Stimmen gegen die Bedingungen. Die Gesamtzahl der in allen 18 Distrikten abgegebenen Stimmen beträgt demnach 29 119 Stimmen. Davon sind für die Bedingungen 15 531, gegen die Bedingungen 13 586. Wählin sind gewählt 12 Delegierte für und 11 gegen die Bedingungen. Gewählt sind also folgende Delegierte: Für die Bedingungen: 1. Heintz Malzahn, 2. Paul Weyer, 3. Frz. Philipp, 4. Henning, 5. Leo Ostrowski, 6. Fritz Schreiter, 7. Paul Eckert, 8. Anna Gezer, 9. Richard Schmidt, 10. Bruno Krause, 11. Paul Scholze, 12. Holland.

Gegen die Bedingungen: 1. Georg Ledebour, 2. Dr. Theodor Liebknecht, 3. Maria Demming, 4. Emil Barth, 5. Alfred Berger, 6. Karl Leib, 7. Margarete Wengels, 8. G. Sabath, 9. Kiefer, 10. Herm. Schweifhart, 11. Köhler.

Teltow-Beeskow

	für	gegen		für	gegen
Adlerhof	294	219	Marzgrafpfleß	8	9
Bohnsharf	45	102	Mittenwalde	33	11
Brig	166	219	Nöthen	—	11
Budow	5	35	Reinshain	3831	2970
Eberstorf	884	781	Ressittin	—	19
Göpenitz	321	237	Riederlehme	8	12
Labell	11	12	Riederlehme	67	80
Deutschwäldchen	4	24	Riladsee	8	5
Drewitz	13	36	Rosowes	258	271
Eichwalde	11	31	Ranen	1	37
Friedenau	180	221	Schneckenberg	62	16
Friedersdorf	30	4	Schneckenberg	—	12
Gräbenhof	3	10	Schwerin	1	18
Großbeeren	—	29	Sperenberg	1	17
Großbeeren	12	52	Stahnsdorf	29	22
Güterhof	2	20	Steglich	167	288
Johannisdal	19	123	Teltow	58	87
Kirschendorf	16	29	Töschin	2	48
Kleinbeeren	6	28	Trebbin	17	14
Königsruherhausen	27	37	Treptow	313	323
Kummerdorf	2	24	Wansee	34	48
Langerwiese	11	8	Waldow	34	38
Lantow	19	36	Wilmersdorf	359	217
Lichtenrade	37	19	Zehlendorf	55	61
Lichterfelde	70	75	Zentzen	18	45
Mahlow	9	2	Zossen	26	8

Es fehlt im Parteisekretariat vorstehendes Gesamtergebnis: Für 6426, Gegen 6341 Stimmen. Es fehlen noch 24 Ori.

Aus Potsdam 4 liegt uns noch kein weiteres zusammenfassendes Ergebnis vor.

Die Notlage der Arbeiterschaft

Ungenügende Verrechnungen

Aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands sind bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Beschwerden und Anträge eingelaufen, welche eine unbegründete Stilllegung von Betrieben, die Fürsorge für die Arbeitslosen, die Frage des Preisabbaus und die Lebensmittelfürsorge, besonders die Versorgung mit Kartoffeln, sowie die Frage der Steuerabzüge zum Gegenstand hatten. Am Sonnabend, dem 2. Oktober wurden in einer Sitzung beim Reichspräsidenten, in der das Reichsernährungsministerium und das Reichsarbeitsministerium vertreten waren, diese Fragen eingehend vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dargelegt. Eine ausgiebige Besprechung zeitigte folgendes Ergebnis:

1. Eine Verordnung, betreffend Abbau und Stilllegung von Betrieben geht vom Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium in den allernächsten Tagen dem Reichstag zu. Diese neue Verordnung dürfte den Wünschen der Arbeiterschaft im wesentlichen gerecht werden.

2. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden in letzter Zeit ausgiebig in Anspruch genommen und über das bisher vorgesehene Maß hinaus zur möglichen Befestigung der Arbeitslosigkeit verwendet werden. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, dem die Erledigung der einschlägigen Anträgen im einzelnen obliegt, wird sein Möglichstes tun zur schnellsten Erledigung. Dabei sollen diejenigen Bezirke und Industrien, welche gegenwärtig vornehmlich Not leiden, besondere Berücksichtigung finden. Durch Kabinettsbefehl sind bereits sämtliche Reichs- und Staatsbetriebe angewiesen, alle nur möglichen Bestellungen sehr herauszugeben.

3. Die Unterstützung der Arbeitslosen wird gegenwärtig erhöht. Zurzeit kommen die bereits vor mehreren Wochen bewilligten besonderen Beihilfen für langfristige Erwerbslose mit Familie zur Auszahlung. Die vom 5. Ausschuss des Reichstags eingesetzte Untersuchungskommission hat mit dem Arbeitsministerium über die Anpassung der Arbeitslosenfürsorge an die Bedürfnisse des Winters am 1. Oktober beraten. Das Ergebnis dieser Beratung, das auf eine Erhöhung der laufenden Unterstützung für die Wintermonate hinausläuft, wird in den nächsten Tagen Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

4. Die Regierung ist in letzter Zeit mit Erfolg bemüht, mit Hilfe des Zusammenschlusses der Produzenten auf der einen Seite und der gewerkschaftlichen Verbände als Arbeitnehmerorganisationen auf der anderen Seite die Preise wichtiger Verbrauchsgüter zu verbilligen. Bei den Eisenbahnen ist diese Aktion schon in Wirksamkeit getreten. Sie wird in allernächster Zeit weitere Anwendung finden.

5. Am 28. September kam zwischen Führern der Landwirtschaft, des Handels und der Arbeiterschaft eine Vereinbarung zustande,

wonach ein Preis von 25 M. je Zentner Kartoffeln Erzeugerpreis in seinem Falle überschritten und dort, wo es die drückenden Produktionskosten gestatten, dieser Preis nach Möglichkeit gesenkt werden soll. Diese Vereinbarung hat eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. Alles kommt aber auf ihre entsprechende Durchführung in den einzelnen Reichsteilen an. Die Ernährungsminister der einzelnen Länder sind deshalb vom Reichsernährungsministerium bereits schriftlich und auf der Ernährungsministerkonferenz der Minister, die am 1. Oktober in Berlin tagte, auch mündlich ersucht worden, ihrerseits auf das Zustandekommen örtlicher Vereinbarungen im Sinne des Abkommens vom 28. September mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Daß die Regierung, wie es in dieser Darstellung des Ergebnisses der Besprechung heißt, „mit Erfolg“ bemüht sei, die Preise wichtiger Verbrauchsgüter zu verbilligen, kann nur derjenige behaupten, der seine Augen gegenüber allen Tatsachen verschließt. Die Politik des Ernährungsministeriums hat nicht eine Verbilligung der Verbrauchsgüter herbeigeführt, sondern eine wesentliche Verteuerung, deren verschärfende Wirkungen mit jedem Tage deutlicher hervortreten.

Was das Ernährungsministerium in bezug auf die Niedrighaltung der Kartoffelpreise verspricht, ist eine glatte Beiseitenschiebung des Beschlusses des volkswirtschaftlichen Ausschusses, wonach der Kartoffelhöchstpreis auf 25 Mark gesetzlich festgelegt werden soll. Wir verlangen, daß das Ernährungsministerium nach diesem Beschlusse verfährt, und sind durchaus nicht damit einverstanden, daß es sich mit einer „Anweisung“ an die einzelnen Länder begnügt.

Die Erhöhung der laufenden Unterstützungssätze der Arbeitslosen muß sofort erfolgen. Es hat den Anschein, als ob gewisse Kreise sich dem widersetzen wollen, obwohl die Not der Arbeitslosen aufs höchste gestiegen ist und die jetzt geltenden Unterstützungssätze in gar keinem Verhältnis mehr stehen zu den ungeheuer gestiegenen Kosten des Lebensunterhaltes. Verrechnungen sind der Arbeiterschaft genügend gemacht worden. Sie verlangt jetzt endlich Taten.

Das Arbeitsloseneid in Deutschland

In einer Denkschrift des Reichsamts für Arbeitsvermittlung, die demnächst im Reichsarbeitsblatt erscheinen wird, ist nach dem Hinweis darauf, daß die Verdrängung des nach dem Versfaller Friedensbittler neu begrenzten Deutschen Reiches innerhalb einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen die von Lohnarbeit lebenden Arbeiter in der nächsten Zeit von 12 Millionen vertreten sind, die mit ihren 21 Millionen Angehörigen zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Ueber die Arbeitslosenziffern wird gesagt:

Die Zahl der Voll- und Teilzeitarbeiter, die Erwerbslosenfürsorge bezogen, betrug Anfang des Jahres 1919 insgesamt 1 100 000. Sie ging allmählich ständig zurück und erreichte ihren tiefsten Stand — 370 000 Erwerbslose — am 15. Juni dieses Jahres. Die schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens im Frühsummer haben nunmehr ein sorgfältiges Aufschwimmen zur Folge gehabt. Am 1. September wurden 419 785 Voll- und Teilzeitarbeiter gemeldet. Die Steigerung wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach fortsetzen, sobald die kalte Witterung zu einem Erliegen einzelner Saisongewerbe führt und der unvermeidliche Rohstoffmangel in noch stärkerem Maße als im Vorjahre zu weiteren Betriebsstörungen und Einschränkungen zwingt. Neben den 419 785 Voll- und Teilzeitarbeitern wurden deren Familienmitglieder in einer Zahl von 887 615 Personen unterstützt.

Staatsummen die nicht Vollbeschäftigten, die sogenannten Kurzarbeiter, allgemeine Zahlen über die Kurzarbeiter, die Erwerbslosenfürsorge empfangen, liegen nicht vor. Ihre Zahl wurde Anfang Juni, also vor Ausbruch der Krise, auf 100 000 Personen veranschlagt. Sie dürfte Anfang September die Ziffer der Erwerbslosen erheblich überschritten haben.

Die Kosten der Erwerbslosenfürsorge beliefen sich im Monat August auf 82,5 Millionen Mark. Bei weiterer Vergrößerung der Erwerbslosigkeit wird der Aufwand nicht proportional mit der Erhöhung der Erwerbslosenziffern steigen, sondern wesentlich stärker, da in den nächsten Monaten in erhöhtem Maße mit einer Arbeitslosigkeit verbundener Arbeitsschmerz zu rechnen ist.

Sämtliche bisher genannten Zahlen betreffen nur diejenigen Arbeitslosen, die aus öffentlichen Mitteln Erwerbslosenfürsorge erhalten haben und dessen in der Hauptsache zahlenmäßig erfasst werden konnten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist weit größer. Im Juli 1920 betrug die Zahl der Arbeitslosen insgesamt 1 118 912; unter ihnen waren 884 731 Männer und 234 181 Frauen.

Gegenüber solchen Arbeitslosenziffern ist die bisherige sogenannte produktive Arbeitslosenfürsorge kaum gleich einem Tropfen auf einen heißen Stein. Insgesamt sind bisher aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge rund 186 Millionen Mark bewilligt und damit 90 000 Erwerbslose auf die Dauer von 4 bis 6 Monaten der Arbeitslosigkeit entzogen worden. Und die Denkschrift weist darauf hin, daß der produktiven Arbeitslosenfürsorge nur eine enge Wirkungsmöglichkeit gegeben ist. Man wird also kaum mit einem wesentlichen Ausbau dieser Einrichtung zu rechnen brauchen, womit das Arbeitsloseneid nicht nur auf lange Zeit fortbestehen, sondern für die nächsten Monate noch weitere Steigerungen erfahren wird. Und der Staat steht dieser katastrophalen Tatsache ohnmächtig gegenüber. Er muß ihr solange ohnmächtig gegenüberstehen, als die Sabotage gegen Sozialversicherungsbestrebungen der Arbeiter weiter betrieben wird.

Wie uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis 15. September 1920 in geringem Umfange zurückgegangen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. September 1920 305 898, der weiblichen Erwerbslosen 97 483, also insgesamt 403 381 gegenüber 414 716 am 1. September und 411 615 am 15. August 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 373 999 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Ihre Zahl betrug am 1. September 366 935. Die neuen Zahlen entsprechen etwa wieder dem Stand vom 1. August d. J.

Berschnappt

Während die parlamentarischen Klopfflechter der kapitalistischen Ordnung in den Parlamenten und der Presse wieder und immer wieder betonen, daß die steuerliche Belastung der bestehenden Schichten in Deutschland die Grenze des Möglichen erreicht habe, entschließt sich ihnen doch ungewollt hin und wieder auch einmal ein gegenteiliges Geständnis. So jetzt einem der erbittertesten kapitalistischen Sachwalter, dem demokratischen Reichstagsabgeordneten, Bankier und Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dernburg, der im Anschluß an die Brüsseler Verhandlungen im „Berliner Tageblatt“ gegen die Behauptung polemisiert, die Steuerlast pro Kopf der französischen Bevölkerung sei stärker als jene pro Kopf derer Deutschlands. Dabei lehnt er die Methode der Berechnung der Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung ab und schreibt in diesem Zusammenhang:

„In der Kolonie Grunewald beträgt die Steuerleistung auf den Kopf vielleicht das Sechsfache bis Zehnfache derjenigen, die ein gleichgroßer Distrikt im Berliner Norden auf den Kopf aufbringt. Kann man nun sagen, daß die Grunewaldler verhältnismäßig viel stärker belastet sind? Und kann man nach französischer Methode schließen, daß nun zunächst im Norden die Steuern auf dieselbe Kopfhöhe gebracht werden müßten? Das ist klarer Unsinn! Die

Steuerlast in dem armen Distrikt entspricht vielleicht dem zehnfachen Maß seiner Leistungsfähigkeit, in dem reichen Distrikt könnte sie zweifelslos viel eher noch angezogen werden, ehe die Lebenshaltung auf das Niveau des Berliner Arbeiters herabgedrückt wird!“

Die Aufregung über die französischen Forderungen spielt Dernburg einen bösen Streich: Sie läßt ihn eingeleiten, daß die steuerliche Leistungsmöglichkeit der bestehenden im Gegensatz zu der der proletarischen Schichten noch längst nicht im höchsten möglichen Maße ausgeschöpft ist. Was die Herrschaften à la Dernburg nicht hindern wird, bei nächster Gelegenheit wiederum über die unerträglichen Steuerlasten der Profit- und Rentenschlucker zu jammern, um so neue indirekte Steuern zu begründen.

Hauptmann Pfeffer und seine Schieber

Die Komödie des Steckbriefes

Gegen den Hauptmann Pfeffer ist seit Monaten ein Steckbrief erlassen worden. Das schiert den wackeren Kämpfer nicht. Er betreibt im Kreise Arnswalde munter seine Rüstungen, schafft Waffen und Munition herbei, verteilt sie nach einem militärischen Operationsplan auf die Güter und exerziert seine Mannschaften, die als harmlose Landarbeiter auf den Gutshöfen tagedieben, für die kommende Schlacht ein. Daß Herrn Pfeffer nichts geschehen kann, dafür bürgen allein seine guten Verbindungen.

Wie weit diese reichen, davon mag folgendes Schriftstück Kunde geben:

Berlin, den 22. Juli 1920.
Poststr. 21, II. Fernspr. Bül. 7240.

Hochverehrter Herr Hauptmann!

In Verfolg meines Briefes vom 8. d. Mts. teile ich Ihnen die bisherigen Ergebnisse in der Interpellationsfrage wegen der Schußhaft des Herrn Pfeffer und des Verbotes des Frontbundes mit. Nach eingehender Besprechung mit den Abgeordneten Dr. Bruhn und Dr. Marekts, mein Freund Dr. Obersthorst ist inzwischen nach Kiel gefahren, haben wir beschlossen, gleich nach Zusammentritt des Reichstages eine Konferenz mit noch mehreren Fraktionsmitgliedern der beiden in Betracht kommenden Parteien abzuhalten. Darin soll der Text der Interpellation festgelegt werden. Sie wird gleich nach Erledigung der Spaafragen eingebracht werden. Inzwischen werde ich, da zwei Eisen im Feuer im Gange sind, mit General von Hülse und Hauptmann von Viebahn Rücksprache nehmen.

Zu den anderen Angelegenheiten, speziell den finnischen Fragen, möchte ich nur erwähnen, daß die Weinfürsten Eggerbrecht und Trarbach Beträge in Aussicht stellen, aber nur für die Zentralstelle, bzw. nach Rücksprache derselben. Ich bitte daher im Falle von Rücksprache den entsprechenden Bescheid geben zu lassen.

Auch um Ausstellung neuer Ausweise für Br. und mich bitte ich ganz ergebenst, da die alten am 15. abgelaufen sind.

Die verschiedenen Beschuldigungen gegen Br., soweit eine Nachprüfung möglich war, habe ich als tendenziös erfinden. Ich habe bisher nicht bemerkt, daß er den täglichen Speisefah jemals wesentlich überschritten. Er klagt wohl nicht ganz mit Unrecht, daß die finanzielle Unterstützung durch die Zentrale nicht gerade übermäßig reichlich sei. Er ist in manchem vielleicht noch etwas jung, aber mit Leib und Seele bei der Sache und weiß die Beziehungen, die ich ihm eröffnen habe, gut in unserem Sinne auszunutzen.

In erster Linie bitte ich um Ueberweisung von Drucksachen und zwar möglichst umgehend. Alle Schriftstücke bitte ich an meine oben angegebene Anschrift zu richten, sei es unter meinem, sei es unter Br.s Namen.

Er wäre sehr dankbar, wenn er bald etwas Geld überwiesen erhalten würde. Bei den großen Entfernungen in Berlin verliert man mit den Gönnerbesuchen zu viel Zeit, die vernünftiger verwendet werden könnte.

Meine rumänischen Angelegenheiten treten in anderes Stadium. Ich habe begründete Hoffnung, daß für mich, wie vor allem für die Herren, deren glühenden Patriotismus und aufopfernde Treue für ihr Vaterland ich so hoch bewundern gelernt habe, ein reiches Feld der Tätigkeit in unserm Sinne sich eröffnen wird. Um möglichst umgehenden Bescheid über den Empfang meines Schreibens und um Erledigung meiner Bitte betr. Ausweise und Druckschriften geborhamst ersuchend, verbleibe ich in aufrichtiger Verehrung

Ihr ganz gehorsamst ergebener Dr. Kremnik.

Alle bekannte Namen werden durch das Schriftstück schonend; kappistische Offiziere und deutschnationale Fierden des Reichstags. Sie haben um den Hauptmann Pfeffer einen Wall gebildet, der ihn vor seinen Verfolgern schützen soll. Aber gemag, auch der Staatsanwalt des außerordentlichen Gerichtes schläft. Er weiß seit Monaten den Wohnort des Hauptmanns Pfeffer; in seinen Händen befindet sich schwer belastendes Material über den Bandenführer, verhaftet wird er nicht, weil das Entwaffnungsgesetz und der Eberische Erlaß dem Schutze der Freikorpsbanden dienen, weil es Ausnahmegeetze sind gegen die Arbeiter!

Aus der Partei

An die Parteitagodelegierten!

Der Halleische Parteivorstand bittet um Veröffentlichung nachstehender Mitteilung: Alle Delegierten zum Parteitag in Halle wollen unverzüglich ihre Adresse und Wünsche in bezug auf Unterkunft und Verpflegung dem Vorsitzenden der Lokalkommission, Genossen Karl Reiwand, Halle a. S., Poststr. 42-44, mitteilen.

Zu Ehren des Parteitagodes veranlaßt die Halleische Parteisekretariat am 11. Oktober einen Begrüßungsabend in künstlerischer Ausgestaltung, dessen Programm aus musikalischen, gesanglichen und rezitatortischen Darbietungen besteht wird. Die Veranstaltung findet im Volkspark, dem Parteitagodeslokal, statt.

Erklärung

Von einer kurzen Reise zurückgekehrt, lese ich eben in der Sonnabendnummer der „Freiheit“, ich hätte in einer Berliner Parteiverammlung erklärt, ich sei ganz sicher, daß auch mein Bruder Karl sich mit aller Entschiedenheit gegen die Annahme der 21 Bedingungen erklären würde. Diese Äußerung habe ich nicht getan. Ich habe lediglich bemerkt, daß auch mein Bruder auf dem Standpunkt gestanden hätte, daß wir auch unseren russischen Freunden gegenüber die Selbstständigkeit unserer Politik wahren müßten. Th. Liebknecht.

Personalveränderung in unserer Landtagsfraktion

Genosse Mehrhof-Erfurt hat auf Beschluß der Thüringer Genossen sein Mandat zur Preussischen Landesversammlung niedergelegt, weil er zugleich auch Reichstagsabgeordneter ist. Der Genosse Ernst Beesenlaubdingen, der nach dem Genossen Abg. Kallan der nächste auf der Kandidatenliste unserer Partei im Bezirk Halle-Erfurt ist, hat auf das Mandat verzichtet, so daß nunmehr Genosse Alfred Delhner, Bezirkssekretär in Halle, in die Landesversammlung eintritt. Der Halleische Bezirksvorstand hat dem Genossen Delhner die Genehmigung zur Annahme des Mandats erteilt.

Terror nach dem Dittat von Mostau

Die Stuttgarter Landeskonferenz

Stuttgart, 3. Oktober.

Der Landesvorstand der U. S. P. Württembergs hatte zum 2. Oktober eine außerordentliche Landesversammlung nach Stuttgart-Cannstatt berufen. Die Landesversammlung sollte zu den Moskauer Aufnahmebedingungen und zur Wahl von Delegierten zum Halleischen Parteitag Stellung nehmen. Nach der Eröffnung der Landesversammlung wurde plötzlich von Anhängern der Moskauer Aufnahmebedingungen verlangt, daß auch die Neuwahl des Landesvorstandes vorgenommen werden sollte. Vergeblich wurde geltend gemacht, daß bis zur Stunde kein Mensch die Neuwahl des Landesvorstandes verlangt habe, daß die Genossen im Lande deshalb auch gar keine Veranlassung hätten, vor der Beschlusnahme der Landesversammlung zur Neuwahl des Landesvorstandes Stellung zu nehmen und daß nach dem Parteitag von Halle die ordentliche Landesversammlung die Neuwahl des Landesvorstandes vorzunehmen habe. Die Anhänger der Moskauer Aufnahmebedingungen lehnten ihren Willen durch. Darauf verlangten Mitglieder des Landesvorstandes, vom Landesvorstand vor der Neuwahl einen Bericht über die Tätigkeit des Landesvorstandes entgegenzunehmen. Die Anhänger der Moskauer Aufnahmebedingungen lehnten es durch, daß auch dies billige Verlangen des Landesvorstandes abgelehnt wurde! Der Landesvorstand sollte um jeden Preis Anstalt und Fall umforniert und schimpflich danongelagt werden, nur aus dem einzigen Grunde, weil den Anhängern der Moskauer Aufnahmebedingungen die Gesinnung des Landesvorstandes nicht paßte. Nun hat der Vorsitzende des Landesvorstandes die Landesversammlung um Unterbrechung der Verhandlungen auf eine halbe Stunde. Der Landesvorstand habe das Bedürfnis, sich über die neue Situation auszusprechen. Auch dieses Ersuchen wurde glatt abgelehnt! Prompt wurde ferner auch das Verlangen des Landesvorstandes abgelehnt, die Delegierten zum Parteitag in Halle nach dem System der Verhältniswahlen wählen zu lassen.

Nach diesen fortgesetzten Vergewaltigungsaktionen der Minderheit der Landesversammlung durch die Anhänger der Moskauer Aufnahmebedingungen war kein Zweifel mehr daran möglich, daß die Moskauer ihre augenblickliche Macht auf der Landesversammlung skrupellos dazu mißbrauchen wollten, sich, bevor die württembergischen Genossen und die Gesamtpartei gesprochen haben, des Parteiapparats und der Zeitung zu bemächtigen, um den Kommunisten ein Anzeigebüro mitzubringen und die U. S. P. Württembergs so viel wie möglich zu schädigen und zu schwächen. Es ist bezeichnend, daß zwei Mitglieder der höchsten Instanzen unserer Partei, Remmels und Böttcher, die Führer der Gewalttakte waren. Landesvorstand, Kontrollkommission, Preßkommission und zwei Redaktionsmitglieder verließen die Landesversammlung, die schon ganz nach dem Moskauer Dittat arbeitete. 44 Delegierte aus allen Teilen des Landes schlossen sich an. Insgesamt verließen 88 Teilnehmer die Landesversammlung, außerdem viele Gäste. Eine Anzahl von Delegierten, die ebenfalls Gegner der Moskauer Aufnahmebedingungen waren, blieben auf der Landesversammlung, um ihren Mandatgebern über den Verlauf auf Grund persönlicher Teilnahme berichten zu können.

Die Teilnehmer der Landesversammlung, die die kommunistisch beherrschte Tagung verlassen hatten, traten sofort in einem anderen Lokal zu einer Landeskonferenz der U. S. P. Württembergs zusammen. Genosse Crispian, der sich den Genossen, die die Partei erhalten wollen, angeschlossen hatte, sprach über die Moskauer Aufnahmebedingungen. Nach einer sachlichen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die U. S. P. Württembergs hält daran fest, daß eine aktionsfähige Internationale nur durch den Zusammenfluß aller sozialistischen revolutionären Parteien mit Einschluß der kommunistischen Internationale geschaffen werden kann.

Eine aktionsfähige Internationale setzt in jedem Lande aktionsfähige revolutionäre Arbeiterparteien voraus.

Die Moskauer Aufnahmebedingungen sind zu dem ausgesprochenen Zweck so klar formuliert, damit es der U. S. P. D. unmöglich gemacht wird, sich mit der kommunistischen Internationale als gescheiterte Partei zusammenzuschließen. Die U. S. P. D. soll zertrümmert werden, um der kommunistischen Partei neue Anhänger zuzuführen. Die Zertrümmerung der U. S. P. D. würde nicht nur eine Verringerung der deutschen Arbeiterklasse, sondern der ganzen internationalen Arbeiterbewegung zur Folge haben.

Darum lehnen wir die Moskauer Aufnahmebedingungen ab. Die Ablehnung ist notwendig, um den Weg frei zu machen für den Zusammenfluß der U. S. P. D. mit den sozialistischen revolutionären Parteien und der kommunistischen Internationale.

Es wurden dann noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt und folgende Erklärung einstimmig beschlossen:

Erklärung:

Die Delegierten zu der vom Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Württembergs einberufenen außerordentlichen Landesversammlung, die nach wie vor die Grundzüge des Parteiprogramms der U. S. P. D. und das Organisationsstatut der württembergischen Landesorganisation anerkennen, traten, nachdem sie von der Mehrheit der Landesversammlung, die von einer Anzahl Parteierfänger mißbraucht wurde, vergewaltigt worden waren, zusammen und nahmen zu der von diesen geschaffenen Lage Stellung. Nach reiflicher Ausprache wurde folgende Erklärung zum Beschluß erhoben:

1. Die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie gründet sich auf den freiwilligen Zusammenfluß derer, die die Grundzüge des Parteiprogramms der U. S. P. D. anerkennen. Diese Genossen haben dem Landesvorstand und den Genossen in den übrigen leitenden Stellen, sowie den Genossen, die als Gemeinderäte und Abgeordnete tätig sind, ihre Mandate übertragen.

2. Die Delegierten zur außerordentlichen Landesversammlung, die auch heute noch das Parteiprogramm anerkennen, stellen fest, daß sich die übrigen Delegierten durch ihre Anschauung und durch ihr Verhalten auf der Landesversammlung außerhalb der Partei gestellt haben und daher als Mandatgeber ausscheiden.

3. Sie beauftragen den bisherigen Landesvorstand mit der Weiterführung der Geschäfte der württembergischen Landespartei und sprechen ihm ausdrücklich ihr volles Vertrauen aus. Ferner bekräftigen sie die Mandate der Genossen, die in den Gemeinderäten und gesetzgebenden Körperschaften tätig sind, soweit diese das Parteiprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie anerkennen, und sprechen dem Landessekretär Schepferle, sowie den beiden Redakteuren Schuler und Schwab ebenfalls ihr volles Vertrauen aus.

4. Die Delegierten fordern den Landesvorstand auf, sobald als möglich eine Landesversammlung einzuberufen und hierzu Vertreter aller auf dem Boden der Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands stehenden Ortsgruppen des württembergischen Landes einzuladen.

5. Sie fordern die Genossen im Lande, die von denen, die sich außerhalb der Partei gestellt haben, terrorisiert wurden, auf, unverzüglich an den Neuaufbau der Organisation zu gehen.

Die geschichtliche Mission der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ist noch nicht erfüllt, sie wird sich auch weiterhin der ihr von der Geschichte übertragenen Aufgaben unterziehen:

Sammlerin und Bannerträgerin des deutschen sozialistisch-revolutionären Proletariats zu sein.

Die Delegierten, die auf dem Boden der Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen, scheiden von den übrigen Delegierten mit dem Gelübde, alles zu tun, um der Sache der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, die zugleich Sache der proletarischen Revolution ist, zum Siege zu verhelfen, und konstatieren sich als die eigentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie Württembergs.

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratie!
Es lebe die proletarische Revolution!

Stuttgarter-Cannstatt, den 2. Oktober 1920.

Die Delegierten zur außerordentlichen Landesversammlung der U. S. P. D. Württembergs, die auf dem Boden der Grundzüge der U. S. P. D. und dem Organisationsstatut der württembergischen Landesorganisation stehen.

Die lachenden Dritten

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Scharfmacher, schrieb vor einigen Tagen:

„Es ist gut, daß dieser Riß in die U. S. P. D. kommt, um so besser werden wir mit den Arbeitern fertig werden.“

In Württemberg ist der Riß bereits vollzogen. Die Scharfmacher können triumphieren.

Der Landesvorstand wurde weiter beauftragt, folgenden Ruf in die Öffentlichkeit zu bringen:

An die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Württembergs

Parteigenossen! Parteigenossen!

Schon seit Monaten sind in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Kräfte am Werk, die auf die Zerlegung und Zertrümmerung der Partei hinarbeiten. Die kommunistische Partei Deutschlands, die das deutsche Proletariat von Niederlage zu Niederlage geführt, hat sich seit ihrem Bestehen als höchsten Feindeszwed die Spaltung der U. S. P. D. erkoren. Die U. S. P. D., die nie mehr war, als eine Sekte, fand in den Reihen unserer Partei selbst willige Helfer und Helfershelfer. Nur so war es möglich, die Unabhängige Sozialdemokratie zu zerlegen und Spaltungstriebe zu machen. Nur so war es möglich, die ungeheuren Massen, die sich der Unabhängigen Sozialdemokratie bekennen, zu verwirren und Teile dieser Massen der Parteieliste der Kommunisten in die Arme zu treiben.

Die Spaltungstätigkeit der verkappten Kommunisten in der U. S. P. D. wurde mit den skrupellosesten Mitteln von außen unterstützt durch die Organisationen der Kommunisten. Von dorther flossen auch die Gelder, die man zu der Zertrümmerung innerhalb der U. S. P. D. brauchte. Schon der erste Moskauer Kongreß stellte, anstatt auf die Vereinigung des revolutionären Proletariats aller Länder hinzuwirken, als Programm die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf. Dieses Programm bildete von nun ab die einzige Richtschnur für das Handeln der offenen und verdeckten Kommunisten.

Alles ihr Tun war nur noch dem einen Ziel: Spaltung der revolutionären Massenpartei, der Unabhängigen Sozialdemokratie, die sich in allen Phasen des revolutionären Kampfes als treueste und beste Führerin des revolutionären Proletariats erwiesen hat. Nachdem die Parteierfänger in der U. S. P. D. ihr Werk soweit gefördert zu haben glaubten, den Schnitt durch den Leib der U. S. P. D. ohne eigene Gefahr tun zu können, kam ihnen der zweite Moskauer Kongreß mit den 21 Bedingungen zu Hilfe. Die Parteierfänger beider Räder wußten, daß das gläubigste Verlangen der U. S. P. D. stehenden Proletariats die Schaffung einer großen, starken, die sozialistisch-revolutionären Proletarier aller Länder umfassenden Internationale ist. Sie wußten ferner, daß das revolutionäre Proletariat, das sich zur U. S. P. D. bekennt, von der größten Sympathie für den heldenmütigen Kampf des russischen Proletariats erfüllt ist.

Beides suchten nun die Parteierfänger für die Zwecke der Parteispaltung dienlich zu machen. Daher die einwirkenden Bestimmungen der Aufnahmebedingungen, die nicht der Schaffung einer starken, des Proletariats aller Länder umfassenden Internationale, sondern ausgesprochenem Zweck nur der Spaltung der U. S. P. D. dienen sollen. Das geht aus den Aufnahmebedingungen mit aller Klarheit hervor. In Punkt 7 der Aufnahmebedingungen heißt es ausdrücklich, daß die Durchführung der Spaltung unbedingt und ultimativ in kürzester Frist zu erfolgen hat. Alle Verschiebungsvorläufe der Anhänger der Aufnahmebedingungen werden durch die Aufnahmebedingungen selbst zu nichte gemacht. Punkt 21 der Aufnahmebedingungen lautet:

„Diejenigen Parteimitglieder, die die von der kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Vorkläufe grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen. Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitag.“

Darin wird klar und deutlich ausgesprochen,

daß die U. S. P. D. gespalten werden muß.

In den vom zweiten Moskauer Kongreß aufgestellten Leitlinien steht ferner, daß in jedem einzelnen Lande nur eine einzige einheitliche kommunistische Partei bestehen darf. Diese Partei hat den Namen kommunistische Partei des Landes (Sektion der dritten kommunistischen Internationale) zu führen. Die kommunistische Partei Deutschlands hat die Leitlinie und Ausnahmebedingungen vorweggenommen und nennt sich heute kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der dritten kommunistischen Internationale). Es ist daher, um in der Sprache Mostaus zu reden,

eitel Pug und Trug,

wenn die Anhänger der Bedingungen erklären, daß sie noch Anhänger der U. S. P. D. sind oder sein können. Die Zustimmung zu den Aufnahmebedingungen bedeutet den Austritt aus der U. S. P. D. und den Anschluß an die bereits in Deutschland bestehende Sektion der dritten Internationale.

Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Württembergs erachtete den Versuch gegenüber, die Partei zu spalten, es als seine höchste Pflicht,

die Aktionsfähigkeit der Partei

unter allen Umständen zu wahren. Er berief zu diesem Zweck auf Samstag, den 2. Oktober 1920, nach Stuttgarter-Cannstatt eine außerordentliche Landesversammlung ein, auf der in friedlich-friedlicher, parteigegenständlicher Weise eine Ausprache über die zur Zeit die Partei bewegenden Fragen herbeigeführt und eine Verständigung erzielt werden sollte. Der Landesvorstand hatte für die Landesversammlung folgende Tagesordnung festgelegt:

1. Beschlußfassung über das Wahlverfahren und die Zahl der Delegierten zum Parteitag in Halle a. S.
2. Die dritte Internationale und die Anschlußbedingungen.

Das Ziel, das sich der Landesvorstand gesetzt hatte, paßte den Parteispaltern nicht. Denn Verständigung bedeutet die Erhaltung der Einheit der Partei, während ihr Ziel doch gerade das Gegenteil: die Spaltung der Partei war. Suche ein Teil der Parteierfänger dies bisher abzuleugnen, so haben sie sich am Samstag auf der außerordentlichen Landesversammlung in ihrer Gesamtheit erklärt. Gleich zu Beginn der Landesversammlung verlangten sie, daß die Neuwahl des Landesvorstandes auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Der Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Engelhardt, wies darauf hin, daß die Landesversammlung nur zur Erledigung der in den beiden Tagesordnungspunkten enthaltenen Fragen einberufen worden sei und daß dieses Verlangen dem Organisationsstatut der württembergischen Landespartei widerspricht. Ferner wies er darauf hin, daß dieses Verlangen in Form eines Antrages zuvor beim Landesvorstand hätte eingereicht werden müssen, damit der Parteigenossen im Lande vor der Beschlusnahme der Landesversammlung Gelegenheit gegeben worden wäre, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Alle diese Einwände nützten nichts.

Die Parteierfänger erhoben das knietwendige Verlangen zum Beschluß.

Man wollte eben auf alle Fälle den Landesvorstand, der sich bisher als treuester Hüter der Aktionsfähigkeit und Einheit der Partei erwiesen hatte, beseitigen und an dessen Stelle einen Landesvorstand der Parteierfänger setzen.

Daraufhin verlangte der Landesvorstand, daß ihm vor der Neuwahl wenigstens Gelegenheit geboten werde, über seine bisherige Tätigkeit und über die Rufführung Bericht zu erstatten. Auch das wurde von den U. S. P. D.-Anhängern, nachdem man zuvor auch noch das Proportionalwahlverfahren für die Wahl der Delegierten zum Halleischen Parteitag beibehalten, verweigert. Der Parteisekretär Remmels, der mit der vom Landesvorstand aufgestellten Tagesordnung sich zuvor einverstanden erklärt hatte, wandte sich am heftigsten gegen die Zulassung der Berichtserstattung des Landesvorstandes, weil er wohl wußte, daß er, wie ein Mitglied des Landesvorstandes ausbrüchlich feststellte, diese am meisten zu fürchten hatte. Nach dieser

unerhörten Vergewaltigung

verlangte der Landesvorstand eine Unterbrechung der Tagung auf eine halbe Stunde, um zu der Vergewaltigung Stellung nehmen zu können. Dieses Verlangen, dem auf früheren Parteitagen stets Rechnung getragen wurde, verlangten die Parteierfänger ebenfalls die Zustimmung und dokumentierten dadurch,

daß sie auf alle Fälle die Spaltung der Partei wollen.

Sie haben dadurch ausgesprochen, daß sie die Grundzüge, die bisher in der U. S. P. D. Geltung hatten, nicht mehr anerkennen. Der Landesvorstand und mit ihm die Delegierten, die auch heute noch diese Grundzüge anerkennen, waren daher gezwungen, die Parteispaltung unter sich zu lassen und sich selbst als die eigentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Württembergs zu konstituieren.

Die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Württembergs erklärt, daß nur ihre Beschlüsse für die württembergische Landesorganisation der U. S. P. D. Gültigkeit haben. Sie beauftragt den bisherigen Landesvorstand, sowie die Genossen der Kontrollkommission, der Preßkommission und der Redaktion des „Sozialdemokraten“, soweit diese sich zu den Grundzügen der Unabhängigen Sozialdemokratie bekennen, mit der Weiterführung der Geschäfte.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die mit der Führung der Partei beauftragten Genossen und Genossinnen geloben, diese Geschäfte im feierlichen revolutionären Geiste weiterzuführen und alles zu tun, um die württembergische Landesorganisation vor weiteren Zertrümmerungsversuchen der Parteierfänger zu schützen und die Partei aktionsfähig zu erhalten.

Sie rufen die Parteigenossen und Genossinnen des ganzen Landes zur Mitarbeit auf!

Vorwärts an die Arbeit, mit neuem Mut und vereinten Kräften! Die Reaktion liegt auf der Lauer, es gilt wachsam zu sein!

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratie!

Es lebe der revolutionäre Sozialismus!

Stuttgarter-Cannstatt, den 3. Oktober 1920.

Im Namen der Landesversammlung der U. S. P. Württembergs

Der Landesvorstand:

Klaus Engelhardt, Sofie Döhning, Hermann Frischer, Albin Göß, Karl Großhans, Alois Müller, Emil Ohwald, Friedrich Reeber, Karl Schmidhäuser, Chr. Schepferle, Sekretär.

Die Kontrollkommission: Gottfried Rinkel, August Hornung, Ferdinand Hofsta.

Die Preßkommission: Paul Haase, Gottlob Mayer.

Die Redaktion des „Sozialdemokraten“: Emil Schuler, Wilhelm Schwab.

Als die Landesversammlung der U. S. P. ihre Arbeiten beendet hatte, lehnten die Genossen mit dem festen Entschluß auf ihre Posten zurück, unserer Partei die Treue zu halten, die Genossen im Lande über die wahre Bedeutung des Moskauer Dittats aufzuklären und die arbeiterschädigenden Maßnahmen der offenen und verdeckten Kommunisten gegen die U. S. P. D. zu bekämpfen zu machen.

Sklarz-Prozesse

Vor dem Schöffengericht wurde gestern vormittag gegen den Herausgeber der „Weltbühne“ Siegfried Jacobsohn verhandelt, der in Nr. 50 seiner Zeitschrift im verflochtenen Jahr unter der Überschrift „Sachlener“ einen Artikel vom Fall Sklarz gebracht hatte, durch den sich Georg Sklarz beleidigt fühlte. In diesem Artikel, dessen Verfasser, wie sich in der Verhandlung herausstellte, ein hoher Staatsbeamter war, wurde behauptet, daß der Herausgeber eines Wochenblattes, Steinthal, von Sklarz 200 000 Mark dafür erhalten habe, daß er belastendes Material gegen Sklarz nicht veröffentlichte, obwohl er vorher an den Pfälzer-Säulen platziert hatte, daß in den nächsten Tagen der Fall Sklarz in der Zeitschrift aufgerollt werden würde. Weiter wurde behauptet, daß ein Reichs-Pressesache als Vektor des Verlanges für Sozialwissenschaften monatlich 1000 oder 2000 Mark erhalten habe. Es wurde gerügt, daß Mitglieder der Regierung samt ihren Angehörigen, in den luxuriösen Schweizer Villen der Sklarz zu Gast gewesen sind“. Schließlich wurde noch behauptet, daß Zollbeamte in Wienkäffen für das Auswärtige Amt kostbare Lebensmittel entbehielten, und daß Sklarz an einer Einfuhrkontrolle, die sonst jedem verweigert wurde, Millionen verdient habe.

Eine Einigung wurde von dem Beklagten, dessen Vertretung Rechtsanwalt Ribbel übernommen hatte, abgelehnt und für die Beweisaufnahme die Ladung Dr. Heß und Varus, Oberbürgermeister Scheidemann, des früheren Ministers Robert Schmidt und des früheren Reichssekretärs der Reichsanleihe Ulrich Kauscher beantragt. Der Beklagte verlangte weiter, daß der sozialdemokratische Schriftsteller Albert Baumler und der frühere Bureauvorsteher von Heinrich Sklarz, der Kaufmann Wessmann, gehört werde. Justizrat Westhauer widersetzte sich dem Antrage unter der Begründung, daß Baumler zusammen mit Sonnenfeld 600 000 Mk. unterschlagen und dann geflohen seien. Rechtsanwalt Ribbel verlangte trotzdem, daß dieser Zeuge vor Gericht gehört werde, da es Laßt die Gebrüder Sklarz sei, jedem Menschen, der sie belassen könnte, in der Öffentlichkeit zu verunglimpfen.

Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, zur Beweisaufnahme die von den Parteien genannten Zeugen mit Ausnahme der Herren Baumler und Wessmann, zu laden. Scheidemann soll kommissarisch in Cassel vernommen werden.

Moskauer Methoden in Hannover

Von Karl Werhald.

Sait Rückkehr unserer Delegation aus Moskau kommt in unserer Presse und in den Versammlungen der Meinungskämpfer zum Ausdruck, ob für oder gegen die Moskauer Bedingungen. Die Vertreter beider Richtungen sind bemüht, die Masse der Parteigenossen auf ihre Seite zu bekommen, es ist nur bedauerlich, daß eine Anzahl rühriger Genossen, im Lager der Anschließfreunde, sich bisher nicht mit derselben Energie an der praktischen Arbeit in Partei und Gewerkschaften beteiligt haben, sondern den praktischen Kampf jenen Genossen überließen, welche heute als konterrevolutionär beschrieen werden.

Während in den meisten Orten Freunde wie Gegner der Aufnahmebedingungen die Frage theoretisch behandeln, ist man in Hannover zur praktischen Lösung geschritten.

Nachdem unsere Freunde von links erkannt haben, daß ihre in die Welt posante Nachricht, neun Zehntel der hannoverschen Genossen seien für die Bedingungen, nicht ganz stimmt, werden gegen uns die schärfsten Register gezogen. Der in der letzten Versammlung neu gewählte geschäftsführende Ausschuß, der sich aus lauter Anhängern der „Richtung Däumig“, wie sie es nennen, zusammensetzt, hat der am 1. Oktober tagenden Generalversammlung einen Ausschlußantrag gegen etwa 20 Genossen vorgelegt, welcher vom Sekretär des Ortsvereins begründet wurde.

Die auf der Ausschlußliste stehenden Genossen waren alle, seit der Parteigründung bzw. der Entlassung aus dem Kriegsdienst, rührige Arbeiter für den sozialistischen Gedanken. An der Spitze der Liste steht der Genosse Werhald, dem bei der Aufstellung der Reichstagskandidatenliste das Vertrauen erneut ausgesprochen wurde, indem man ihn wieder als ersten auf die Kandidatenliste für die Provinz Hannover stellte. Man sieht die Freunde der Kommunisten machen ganze Arbeit, sie stoßen sich nicht daran, rührige Führer, die den „hohen Wert“ der Moskauer Bedingungen nicht begreifen können, über Bord zu werfen. Sie wollen eine Internationale der Tat, in welcher nicht praktische Betätigung im Sinne des Sozialismus geübt werden soll, sondern wo fraßenhafte Grundzüge aufgestellt werden, an deren Verwirklichung kein vernünftiger Mensch glaubt.

Nicht eheliche Ueberzeugung, sondern Heuchelei wird gewünscht, und wer das nicht will, oder kann, der fliegt.

Es wird gut sein, wenn die Genossen im Lande erfahren, welches Verbrechen die Ausgeschlossenen begangen haben, das Verbrechen besteht darin, daß sie an einer Sitzung, welche vom Sachverstand einberufen war, teilgenommen haben. Da der Spiegel, welcher die Teilnehmerliste aufgestellt hat, nicht alle Anwesenden persönlich kannte, ist die Liste nicht vollständig, viellecht gelangt es intensiver Spiegelarbeit auch die übrigen Sitzungsteilnehmer festzustellen, um sie dann ebenfalls auszuschließen.

Unter den Ausgeschlossenen befinden sich auch die Mitglieder des Sachverstandes, soweit sie in der Sitzung anwesend waren. In der Debatte über den Ausschlußantrag meldete sich auch der bekannte Genosse Sievers aus Berlin zum Wort, welcher „zufällig“ auf einige Stunden in Hannover weilte, wie er ausbrüllend bemerkte. Ich bin nicht so mißtraulich wie einige meiner Genossen, welche an die Zufälligkeit nicht recht glauben wollten, ich habe selbstverständlich alles, was der Genosse Sievers gesagt hat, als volle Wahrheit hingenommen, und weiß seinen Schmerz zu würdigen, welcher ihm durch die Widerspenstigkeit der hiesigen Genossen bereitet wurde.

Doch was sagt der Genosse Sievers zur Ausschlußfrage? Er tadelt den hannoverschen Genossen ganz dringend von ihrem Vorhaben ab, und begründet das damit, daß auch die Besatzmänner der 21 Punkte sich in Berlin und anderen Städten zusammengesprochen haben, nur sei die organisatorische Zusammenfassung seiner Freunde in Berlin bedeutend besser als die von den auf der Ausschlußliste stehenden Genossen der anderen Richtung in Hannover beschriebenen Zusammenkünfte. Wie gut diese Sonderzusammenkünfte in Berlin funktionierten, habe das Abkündigungsergebnis in den Distriktsversammlungen bewiesen, wo fast überall mit großer Mehrheit den Anschlußbedingungen zugestimmt sei, obwohl der Organisationsapparat sich in den Händen der anderen Richtung befinde. Auch habe ich neulich mein Freund Däumig in einer andern Stadt mit aller

Macht dafür eingesezt, daß ein Vorhaben, wie es jetzt in Hannover geplant sei, nicht durchgeführt wurde.

Also die Tatsache steht fest, daß die Leitung der „Richtung Däumig“ den organisatorischen Zusammenschluß der Gesinnungsgenossen propagiert und fördert und auch öffentlich verteidigt. Die Gesinnungsgenossen von Däumig und Sievers, welche in Hannover die Leitung der Partei zur Zeit in Händen haben, jedoch den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, weiß es sich hier um die Gegenseite handelt. Das heißt, die „Anhänger der Richtung Däumig“ dürfen Sonderorganisationen schaffen, Aufrufe in den Blättern anderer Parteien veröffentlichen usw., die Gegner der Anschlußbedingungen dürfen nichts unternehmen was ihnen nicht ausdrücklich von den Kommunisten in unserer Partei gestattet ist.

Die ausgeschlossenen Genossen haben in aller Ruhe die Versammlung verlassen, sie sind keine Freunde von Kadavergenossen, aber aus dem Verlassen des Saales nach dem erfolgten Ausschluß diejenigen, welche uns als „Genie“ bezeichnen — nicht Genossen — ja nicht den Schluß ziehen, daß wir den Ausschluß anerkennen.

Die Ausgeschlossenen und diejenigen, die mit ihnen solidarisches den Saal verlassen, sind der Meinung, daß der Ausschluß nicht zu Recht erfolgte und werden den Beschwerdeweg in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beschreiten.

Noch gelten die Grundsätze der U. S. P. D. und ihr Statut, und nicht die Diktatur von Moskau oder der hiesigen illegalen Leitungen in unserer Organisation. Wir lassen uns aus der mühsam von uns aufgebauten Organisation durch Kommunisten nicht hinauswerfen.

Wir werden vor wie nach für die Ziele der U. S. P. D. kämpfen, und alles tun, was die Schaffung einer wirklichen aktionsfähigen Internationale des Klassenbewußten Proletariats ermöglicht, aber den uns von Moskau vorgeschriebenen Weg lehnen wir ab.

Die praktische Anwendung des Moskauer Diktats durch ihre Anhänger in Hannover wird vielen Genossen die Augen öffnen und ihnen den richtigen Weg zeigen. Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratische Partei trotz alledem und alledem.

Die Idee der gewerkschaftlichen Opposition

Von Felix Hirsch.

Der Richtungsstreit in unserer Partei stellt die im Vordergrund der Opposition in den Gewerkschaften stehenden Genossen vor ernste Entscheidungen. Sehen sie doch die von ihnen geführten Gewerkschaftler in hartem Ringen miteinander, einem Ringen, dessen Ausgang in jedem Falle zum Besten der belämpften Gewerkschaftsbureaucratie enden muß.

Die heftigen Auseinandersetzungen werfen die Frage nach der Idee der gewerkschaftlichen Opposition von neuem auf und lassen erkennen, daß diese Idee in ihrer grundsätzlichen Fassung weitläufig nicht so aufgefaßt wird, wie es sein müßte. Zwei Hauptströmungen in der Auffassung oppositioneller Tätigkeit kommen plötzlich ans Tageslicht, und es wird klar, warum die Erfolge der Opposition so oft Hemmungen ausgeht waren. Die eine dieser Strömungen sieht die Gewerkschaft als die gegebene Massenbewegung an, die gewiß keinen Ewigkeitswert, aber einen gewissen Augenblickswert hat. Ihre Opposition ist daher darauf eingestellt, die Gewerkschaftsbewegung mit revolutionärem Geiste zu erfüllen, in ihr die Macht zu erlangen und ihr Organisationsformen zu geben, die der fortschreitenden Entwicklung entsprechen. Die andere Richtung dagegen betreibt ihre Opposition durchaus aus opportunistischen Gründen. Sie hat allerdings ihren Opportunismus so schön zu verpacken gewußt, daß erst durch den jetzigen Richtungsstreit ihre wirkliche Absicht enthüllt wird.

Die zweite Richtung hat ständig betont, daß sie nicht gegen die Gewerkschaften sei, weil in ihnen 7 Millionen Mitglieder seien, an denen man nicht so ohne weiteres vorübergehen könne. Um diese für die revolutionäre Idee zu gewinnen, müsse man hinein in die Gewerkschaften und dort im Sinne der Idee wirken. Aus dieser Auffassung spricht eine gewaltige Mißachtung der Gewerkschaftsbewegung und das zweifelhafte Verlangen, die Gewerkschaft nur als Mittel zum Zweck

zu benutzen. So lange diese Richtung mutig aufläutend wirkte, hat sie auch ihre Mission in den Gewerkschaften erfüllt und hat besonders in der Betriebsratsfrage den über ihre Bedeutung hinausgehenden Wünschen der Gewerkschaften entgegenzutreten verstanden.

Die Revolutionierung der Gewerkschaften aber ist eine Aufgabe, die nicht nur die aufläutende Tätigkeit erfordert, sondern auch jähe Ausdauer in dem langen Ringen um die gewerkschaftliche Macht. Der besprochenen Richtung ist dieser Weg zu lang, und um ihn abzukürzen, wird sie sich in die Arme der dritten Internationale, deren Thejen die Möglichkeit geben sollen, stürzen als bisher in den Gewerkschaften zu werfen.

Es stimmt auch, daß der feste Zusammenschluß, wie die Thejen vorschreiben, eine bessere Gewähr für die Erfolge bieten, wenn die Befolgung sonst eine erhöhte Tätigkeit der Opposition gewährleisten würde. Das ist aber keineswegs der Fall.

Zunächst werden die bisherigen Oppositionen in den Gewerkschaften durch diese Theorien auseinandergerissen. Viele, die dem gleichen Ziel zustreben, stehen jetzt in Erbitterung gegenüber einander und lassen so dem gemeinsamen Gegner spielend den Sieg. Dann aber droht die Gefahr, daß eine Reihe bisher tapferer Oppositionskämpfer ihre Front weit mehr gegen die kommunistische Opposition richten wird als gegen die Anhänger der Arbeitergemeinschaften und der veralteten Gewerkschaftsmethoden, weil sie fürchten müssen, daß die Kommunisten leichtfertig an die Zerstückelung der bisherigen Gewerkschaftsformen gehen, ohne daß sie an deren Stelle neue zu setzen imstande sind.

Dieser Gefahr vorzubeugen, halte ich für meine Pflicht. Die Leitende der 3. Internationale treiben aus den Gewerkschaften Oppositionen jenen lebendigen Geist heraus, der ihnen notwendig ist. Durch die geforderte Unterordnung unter jenen internationalen diktatorischen Willen, der sich in der Gewerkschaft gegen die Amsterdamer Internationale ausdrückt, wird die Gewerkschaftsopposition zu einem blutleeren, mechanisch arbeitenden Automaten herabgedrückt. Es wird dann schließlich so kommen, daß eine solche Opposition, auf sich selbst angewiesen und in den Kampf gestellt, vollkommen verlassen ist und auch sehr mühsam, wenn einmal die Direktiven der obersten Parteileitung fehlen. Dann steht die Internationale in derselben Situation, von der Goethe im „Faust“ sagt:

Dann hat er die Teile in der Hand,
Fehlt leider nur — das geist'ge Band.

Die Moskauer Internationale schlägt die Gewerkschaftsbewegung bewußt in Stücke. Sie bildet einzelne Teile, die nachher ohne jegliche Zusammengehörigkeit wirkungslos verpuffen müssen. Das geistige Band ist es, das wir nötig haben, um wirksam gegen den Kapitalismus, auch den internationalen, kämpfen zu können, und daher müssen wir uns entschieden gegen die Herandrängung des freien selbstbestimmenden geistigen Bandes wenden und unsere Opposition frei nach den Grundzügen betreiben, die uns die augenblickliche Lage in Deutschland vorschreibt.

Die Hamburger Parteitags-Delegation

Vom Zentralkomitee der Partei wird uns folgendes Schreiben zur Veröffentlichung zugestellt:

Berlin, den 1. Oktober 1920.

An den Bezirksvorstand der U. S. P. D. in Hamburg,
Börsestraße 6.

Werte Genossen! Ihr Telegramm bezüglich der Hamburger Parteitagsdelegation hat einer Sitzung des Zentralkomitees vorgelegen. Das Zentralkomitee hat sein Recht, den angebotenen gemeinsamen Beschluß von Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission aufzuheben.

Der Bezirk Wasserfronte hatte für das Geschäftsjahr vom 1. 1919 bis 31. 3. 1920 die Summe von 64 000 M. an Pflichtbeiträgen zu bezahlen. Tatsächlich hatte er aber nur 12 000 M. abgeführt. Die Zentrale hat zugestimmt, daß auf die fehlenden 52 000 M. ein Betrag von 25 000 M. vorausgabter Unterstützungsgelder für Flüchtlinge angerechnet wurde, so daß ein Rest von 24 000 M. verblieb. Nach einem Briefe des Bezirksführers Behring vom 7. September, hat ihm Genosse Stoeker auf der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September mitgeteilt, daß die Zentrale beschließen habe, der Hamburger Bezirk habe die 24 000 M. abzuführen. In einem Brief der Zentrale, vom 14. September, an

Die Utopie in der Wirklichkeit

Eine Friedensnovelle.

Schluß von August Strindberg.

Alle Fischgäste waren aufgesprungen und eilten auf die Veranda hinaus.

— Was bedeutet das? — rief Herr von Bleichroden erschüttert aus. Keiner konnte oder wollte antworten, denn jetzt stieg eine ganze Kalandentziffer wie aus einem Krater über die Spitzen der Bäume und streute ein Feuerdunst aus, das sich in dem ungeheuren Spiegel des ruhigen Genfer Sees widerspiegelte.

— Ladies and Gentlemen! — erhob der Engländer seine Stimme, während ein Keilner ein großes Tablett mit gefüllten Champagnergläsern auf den Tisch stellte! — Ladies and Gentlemen! — wiederholte er, — dies bedeutet, nach dem, was ich aus dem eingegangenen Telegramm erfuhr, daß das erste internationale Schiedsgericht in Genf seine Arbeit beendet hat; das bedeutet, daß man einem Krieg zwischen zwei Völkern, oder was noch schlimmer, einem Krieg gegen die Zukunft zuvorgekommen ist; daß hunderttausend Amerikaner und ebenso viele Engländer diesem Tage zu danken haben, daß sie noch am Leben sind. Die Atabama-Frage ist gelöst zum Besten nicht Amerikas, sondern des Rechtes, nicht zum Schaden Englands, sondern zum zukünftigen Wohl. Glauben Sie noch, Herr Spanier, daß Kriege unvermeidlich sind? Rächeln Sie noch, Herr Franzose, so lächeln Sie denn mit dem Herzen und nicht mit den Lippen. Und Sie, meine Herren Russen, ich kenne Sie nicht persönlich, aber Ihre moderne Waldpflege mit den Köpfen, glauben Sie, daß die so ganz richtig ist? Glauben Sie nicht, daß es besser ist, an die Wurzel zu gehen? Das ist bestimmt sicherer und ruhiger! — Als Engländer müßte ich mich heute geschlagen fühlen, aber ich fühle mich stolz, meines Landes wegen, das tut ein Engländer stets, wie Sie wissen, aber heute habe ich das Recht, es zu sein, denn England ist die erste europäische Macht, die an das Urteil ehelicher Männer appelliert hat, statt an Eisen und Blut! Und ich wünsche Ihnen und allen diese solche Niederlagen, wie wir sie heute erlitten haben, denn das wird uns lehren! Erheben Sie Ihre Gläser, Ladies and

Gentleman, auf das rote Kreuz, denn in diesem Zeichen werden wir gewißlich siegen.

Herr von Bleichroden blieb in der Schweiz. Er konnte sich nicht von dieser Natur losreißen, die ihn in eine andere Welt geführt hatte, schöner als die, welche er verlassen hatte.

Zuweilen hatte er Rückfälle von bösem Gewissen; aber das schrieb sein Arzt nur seiner Nervosität zu, wie sie bei den Kulturmenschen der Jetztzeit nur allzu gewöhnlich sei. Herr von Bleichroden beschloß, die Frage vom Gewissen in einer kleinen Schrift zu lösen, die er zu veröffentlichen beabsichtigte. Sein Exposé, das er seinen Freunden vorlas, enthielt ganz denkwürdige Dinge. Er war nämlich mit seinem deutschen Tiefinn in den innersten Kern der Sache eingedrungen und hatte entdeckt, daß es zwei Arten Gewissen gibt, 1. das natürliche, 2. das künstliche. Das erste Gewissen, meint er, ist das natürliche Gefühl des Rechtes. Dies Gewissen war es, das ihn so schwer belastete, als er die Freischützen erschießen ließ. Von dem konnte er sich nur dadurch freimachen, daß er sich als ein Opfer der Oberklasse betrachtete. Das künstliche Gewissen bestand wiederum a) in der Macht der Gewohnheit, b) in dem Gebot der Oberklasse. Die Macht der Gewohnheit ruhte so schwer auf Herrn von Bleichroden, daß er zuweilen, besonders wenn er des Vormittags spazieren ging, auf den Gedanken kam, er habe seinen Dienst im geologischen Bureau verläßt; dann wurde er unruhig und hatte das Gefühl eines Jungen, der die Schule schwänzt. Unglaublich strengte er sich an, um sein Gewissen damit zu entschuldigen, daß er ja geschäftlichen Abschied genommen und erhalten habe. Aber dann tauchte sein Antzimmer auf; die Kameraden, die einander bewachten, um des anderen Versehen zu entdecken, das ihre eigene Beförderung machen würde; die Vorgesetzten, die mit dem Atem im Hals auf Orden und Auszeichnungen warteten; und es war ihm, als sei er auf und davon gegangen. Dann konnte er auch von dem Gewissen angefochten werden, welches das Gebot der Oberklasse dem Menschen auferlegt. Das erste Gebot: König und Vaterland lieben, zu halten, wurde ihm schwer. Der König hatte dieses Vaterland in das Elend des Krieges geführt, mit einem Verwandten ein neues Vaterland zu schaffen, das heißt, ihn aus einem Preußen zu einem Spanier zu machen. Hatte da der König sein Vaterland geliebt? Hatten die Könige überhaupt ihr Vaterland geliebt? England wurde von einer Hannoveranerin, Rußland von einem deutschen Kaiser regiert und sollte bald eine dänische Kaiserin bekommen; Deutschland hatte eine englische Kronprinzessin, Frankreich eine spanische

Kaiserin, Schweden einen französischen König und eine deutsche Königin. Wenn man so nach hohen Vorbildern die Nationalität wechselte, wie man einen Rock wechselt, dann meinte Herr von Bleichroden, müßte der Kosmopolitismus eine glänzende Zukunft haben. Aber die Gebote der Obrigkeit, die mit der Praxis der Obrigkeit im Streit lagen, plagten ihn! Er liebte sein Land wie die Rache ihren Heub, aber er liebte das Land nicht als Institution. Die Obrigkeit hatte die Nation nötig als Wehrpflichtige, als Wehrzahler, als Stütze des Thrones, denn ohne Nationen würde es keine Fürstenthümer geben. Darum das oft wiederkehrende Verbot der Auswanderung.

Als Herr von Bleichroden zwei und ein halbes Jahr in der Schweiz gewesen war, erhielt er eines Tages von Berlin den Ruf, heimzukommen, denn Kriegsgewölke seien im Umzug. Dieses Mal galt es Preußen gegen Rußland, daselbst Rußland, das vor drei Jahren Preußen seine „moralische“ Unterstützung gegen Frankreich gewährt hatte. Herr von Bleichroden hielt es nicht für gewissenhaft, gegen seine Freunde zu ziehen, und da er bestimmt wußte, daß die beiden Nationen einander nicht übelwollten, fragte er seine Frau um Rat, wie er sich in solch einem neuen Dilemma benehmen solle; denn er wußte aus Erfahrung, daß das Gewissen des Weibes sich dem des Naturgesetzes mehr nähert als das des Mannes. Seine Frau antwortete, nachdem sie einen Augenblick überlegt hatte:

— Deutsch sein ist mehr als Preuß sein, darum wurde der deutsche Bund gebildet; Europäer sein ist aber mehr als deutsch sein; Mensch sein ist mehr als Europäer sein. Du kannst die Nation nicht wechseln, denn alle „Nationen“ sind Feinde, und man geht nicht zu Feinden über, wenn man nicht Monarch wie Bernabotte oder Generalfeldmarschall wie Graf Moltke ist. Es bleibt dir also nur übrig, dich zu neutralisieren. Laß uns Schweizer werden! Die Schweiz ist keine Nation! —

Herr von Bleichroden sah die Frage so glücklich und einfach gelöst, daß er sofort Erkundigungen einzog, wie er neutralisiert werden könne. Seine Ueberraschung und Freude waren groß, als er erfuhr, daß er bereits alle Bedingungen erfüllt habe, um Schweizer Bürger zu werden (in dem Lande gibt es nämlich keine Untertanen!), da er bereits zwei Jahre im Lande gewohnt hatte.

Herr von Bleichroden ist jetzt neutralisiert, und obgleich er als Schweizer sehr glücklich ist, liegt er noch, wenn auch festsatter, in Fehde mit seinem Gewissen.

Wohlgelungen, ist nochmals betont, daß Hamburg noch 24 000 Mark nachzahlen müsse.

Das Quartal, vom 1. April bis 30. Juni, waren 17 500 M. zu entrichten. Da nach den Beiträgen für dieses Quartal die Zahl der Parteitagdelegierten bemessen wird, sind 15 000 M. und ein Schuldschein der Bremer Bezirksleitung an die Hamburger über den Betrag von 25 000 M. abgeführt worden. Der Schuldschein wurde von der Zentrale zurückgegeben, da die gegenseitigen Verbindlichkeiten der Bezirke die Zentrale nichts angehen. Für das 1. Quartal des neuen Geschäftsjahres fehlte in demnach 2500 M., insgesamt also rund 24 000 und 2500 = 26 000 Pflichtbeiträge des Hamburger Bezirkes.

Als letzten Termin für die Entrichtung der Pflichtbeiträge, nach denen die Delegierten für den Parteitag bemessen wird, hatte die Zentrale den 23. September festgesetzt. An diesem Tage erschien Genosse Behring in der Zentrale und wollte wissen, ob die Zentrale seinen Antrag auf Ertrag der 24 000 M. entprochen habe. Ihm wurde gesagt, darüber werde die am andern Tage, am 24. September, tagende Sitzung des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission entscheiden. In dieser Sitzung wurde der Antrag abgelehnt, da Hamburg durch die Unterzahlung der 25 000 M. Unterstützungsgelder bereits außerordentliches Entgegenkommen bewiesen sei. Eine mündliche Begründung des Antrages durch Genossen Behring wurde abgelehnt, da der Sachverhalt klar lag und ein weiteres Entgegenkommen ein schweres Unrecht gegen andere Bezirke bedeuten würde. Der Hamburger Bezirk schuldete also der Zentrale für das alte Jahr noch einen Rest von 9000 M. und für das Quartal April bis Juni 1920 den vollen Pflichtbeitrag von 17 500 M. Bei der Zuteilung der Mandate nach den im letzten Quartal entrichteten Beiträgen mußte der Hamburger Bezirk also leer ausgehen, und es konnte ihm gemäß dem Beschluß des Leipziger Parteitag nur ein Delegierter zugewilligt werden.

Uma eine Stunde nach diesem Beschluß machte Genosse Ludwig Hagen die verblüffende Mitteilung, der Genosse Behring sei an ihn herantreten, habe ihm 26 500 M. hingegeben, die Hand darauf gelegt und erklärt, wenn die Hamburger 20 Mandate bekämen, würde er das Geld an die Zentrale zahlen. Ludwig habe ihm erwidert, das Geld gehöre der Zentrale als Pflichtbeitrag, es sei ohne Bedingung zu zahlen und wenn es gezahlt werden die drei Parteikörperlichkeiten — Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission — entscheiden, ob der Beschluß über die Mandatzuteilung zu ändern sei oder nicht. Darauf habe Genosse Behring das Geld gezahlt. Das Vorgehen des Genossen Behring rief allgemeine Entrüstung hervor, es wurde von verjurtem Mandatskauf gesprochen. Gegen 2 Stimmen wurde von den drei Parteikörperlichkeiten beschlossen, den ersten Beschluß über die Mandatzuteilung an den Hamburger Bezirk aufrechtzuerhalten; auch Genosse Däumig und Genosse Böttcher-Streit stimmten dafür. So ist der Sachverhalt.

Wenn Sie in Ihrem Telegramm sagen, daß Sie „das Verhalten Behrings desavouieren, der mit rechtzeitiger Zahlung, zum 23. September, mittags, beauftragt gewesen sei und gegen keine Instruktion gehandelt“ habe, so steht dem die Behauptung Behrings entgegen, der in der „Hamburger Volkszeitung“ vom 27. September erklärte:

„Ich bekam den Auftrag, falls das Zentralkomitee unserm Antrage nicht nachkommen sollte, die gesamten Schulden zu bezahlen.“

Demnach ist der Hamburger Bezirksvorstand einverstanden gewesen mit dem Versuch, die Zentrale um die schuldhafte Pflichtbeiträge zu pressen. Wenn dieser Versuch mißglückt ist und gleichzeitig die Hamburger Parteigenossen um ihr Delegationsrecht zum Parteitag gebracht hat, so mögen sie sich bei ihren Bezirksvorstand und Bezirksleiter dafür bedanken. Behring erdreistet sich, in der „Hamburger Volkszeitung“ zu schreiben:

„Von rein formellen Standpunkt aus habe ich vielleicht nicht richtig gehandelt, aber ich habe gehandelt, mit Genossen und nicht mit Bürokraten und verblöhten Formelmännchen zu tun zu haben. Dann allerdings, wo es darauf ankommt zu stehen, muß ich zu meiner Schande gestehen, bin ich nicht gerissen genug, und will es auch nicht sein.“

Ungewöhnlich kann man die Dinge kaum auf den Kopf stellen. Seit wann ist es parteigenösslich, der Parteileitung vorzulamentieren, man könne die Pflichtbeiträge nicht bezahlen, während man sie in der Tasche hat und dann sie auch nur herausgeben zu wollen, wenn vorher zugefagt wird, daß dafür so und soviel Defektante zugewandt werden? Wohin läge die Partei, wenn die Genossen allerorts so gewissenlos handeln wollten?

Die Hamburger Genossen haben Ursache, die von ihnen gewöhnliche „Reinigung“ zunächst bei ihrer Leitung vorzunehmen. Jedenfalls haben sie kein Recht, gegen das vollständig korrekte Verfahren der Parteileitung Protest einzulegen.

Zentralkomitee der U. S. P. D.
J. A. Dittmann

Die Stellung der Organisationen Agitationsbezirk Jena

Auf der Gebietsgeneralversammlung des Arbeitsgebietes 7 vom Agitationsbezirk Großhitzingen, die am 2. und 3. Oktober in Jena tagte, wurde nach einem Referat des Genossen Höllein, einem Korreferat des Genossen Dr. Korsch und längerer Aussprache folgende Resolution Höllein mit 48 Stimmen angenommen:

Der Kampf, der gegenwärtig für und gegen die bedingungslose Annahme der Bedingungen für den Anschluß an die 3. Internationale geführt wird, droht zu einer Spaltung der U. S. P. D. zu führen, die für die soziale Revolution wie für das gesamte revolutionäre Proletariat die verhängnisvollsten Folgen zeitigen muß. Im Interesse der dringenden revolutionären Aktion muß diese Spaltung unter allen Umständen vermieden werden. Aus diesem Grunde fordert die Gebietsgeneralversammlung:

Auf dem Parteitag in Halle darf unter keinen Umständen die Entscheidung über die Moskauer Bedingungen als Machtfraße ausgeübt werden. Statt dessen ist zu fordern, daß der Parteitag

1. zunächst noch einmal ein eindeutiges grundsätzliches Bekenntnis zur 3. Internationale ablegt;
2. seinen letzten Willen bekundet, die Partei auf Grund der Aufnahmebedingungen organisatorisch so umzugestalten, daß sie sich als deutsches Glied innerhalb und tatsächlich in den Rahmen der 3. Internationale einfügt;
3. diese Willensäußerung durch Schaffung eines Organisationsstatutes der Partei alsbald in die Tat umsetzt.

Auf Grund des so neugeschaffenen Organisationsstatutes der Partei ist sofort nach dem Parteitag die notwendige organisatorische Umgestaltung der Partei durchzuführen und hierauf erneut der Antrag auf Aufnahme in die 3. Internationale beim Exekutivkomitee zu stellen.

Die Resolution Korsch, die die sofortige und unbedingte Annahme und sofortige Durchführung der Bedingungen forderte, benötigte 39 Stimmen auf sich.

Reihen-Riefa-Großenhain

Auf der Kreisversammlung Reihen-Riefa-Großenhain wurde mit 30 gegen 12 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Nachdem auf dem zweiten Weltkongress der dritten Internationale beschlossene Statut kann der dritten Internationale aus jedem Land nur eine Partei, die sich kommunistische Partei, Sektion der dritten Internationale nennen muß, angeschlossen werden.

In Deutschland hat sich diesen Namen der ehemalige Spartakusbund angeeignet. Damit ist vor aller Welt, im Einvernehmen Moskauer, wenn nicht gar auf dessen Befehl, festgestellt, daß die Aufnahme der U. S. P. D. als Partei in die dritte Internationale selbst bei Annahme der 21 Bedingungen ausgeschlossen werden.

Die Kreisversammlung des Vereins Reihen-Riefa-Großenhain lehnt aber ein Aufgehen der U. S. P. D. in die kommunistische Partei entschieden ab und hält nach wie vor an der organisatorischen und geistigen Selbstständigkeit der Partei fest. In den 21 Bedingungen erblickt sie eine große Gefahr für die Einheit und die revolutionäre Stoffkraft des deutschen und des Weltproletariats. Die Bedingungen sind entwerfend und werden abgelehnt. Vom Parteitag erwartet die Konferenz, daß er alles unternimmt, damit eine große Internationale, die alle sozialistisch-revolutionären proletarischen Elemente umfaßt, entstehen kann. Unsere Sympathie für die heldenmütigen russischen Revolutionärkämpfer wird dadurch nicht geschwächt. Wir sind im Gegenteil jederzeit bereit, die russischen Genossen durch die Tat zu unterstützen.

Budow

Der Ortsverein Budow nahm nach lebhafter Debatte gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen folgende Resolution an:

„Die Mitgliederversammlung der U. S. P. D. Budow lehnt die Aufnahmebedingungen der dritten Internationale ab. Sie sieht aus dem Standpunkt, daß nur durch den engeren Zusammenhalt der sozialistischen, revolutionären Arbeiter das Ziel des Sozialismus erreicht werden kann. Die Aufnahmebedingungen fördern aber dieses Ziel in keiner Weise, sondern führen im Gegenteil zu einer weiteren Zersplitterung des Proletariats. Eine aktionsfähige Internationale kann nur auf der Grundlage der freien Vereinbarung aller auf dem Boden des revolutionären Kampfes stehenden Parteien geschaffen werden, sie muß das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder wahren.“

Zum Betriebsrätekongress Gemaßregelte Arbeiter und Angestellte

Genosse Leon Saul schreibt uns: Einen großen Teil der Arbeitslosen bilden die in Folge ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit gemäßigten und entlassenen Kollegen und Genossen. Das von den glänzenden organisierten Arbeitgebern gehandhabte Auskunfts-, Angeber- und Spitzelwesen sucht die von ihnen arbeitslos gemachten, auch lange nach ihrer Entlassung, nicht nur für den eigenen, sondern auch für alle Betriebe derselben Branche unschädlich und darum erwerbs- und brotlos zu machen. Es scheint ein System in ihrem Auskunftsgehahren zu liegen. Neben ihrer geheimen Auskunftsgeheer, geben sie in den meisten Fällen weder eine gute noch schlechte Auskunft über den Gemäßigten. Sie geben überhaupt keine. Sie bebauern über den Angefragten irgend eine Auskunft geben zu können. Und der Angefragte versteht sie. Ja, hätten die Kollegen Silberne Äpfel gestohlen, hätten sie das Eigentum angetastet, sie belämen noch hin und wieder eine, wenn auch nicht gerade glänzende Auskunft. Aber jene „Ausgeber und Ausweiger“, sie sind heute die gefährlichsten und gefährlichsten. Und die müssen still und stumm gemolten werden.

Die Arbeitslosigkeit dieser Genossen und Kollegen, zu denen selbstverständlich auch die politischen Inhaftierten jetzt gehören, ist darum eine besonders lange und laienende. Sie sind oft gezwungen, Branche und Beruf ganz zu verlassen. Wohl suchen und sorgen manchmal Gewerkschaft und Partei sie finanziell zu unterstützen. Auch die Kollegen ihres früheren Betriebes tut es hin und wieder. Aber auf die Dauer geht es nicht und in den meisten Fällen heißt es auch hier wieder: „Aus dem Auge — aus dem Sinn“. Und wieviel Hilfe und kollektive Naturen gerade unter diesen proletarischen Vorkämpfern abt es, die wohl für die Gesamtheit, aber nie und nimmer für sich selbst ein- und aufzutreten verstehen! Ihnen ist es zuwider, um Unterstützung einzukommen und sie anzunehmen. Sie wollen nicht betteln und bitten und auch nicht dankeschön sagen.

Aber etwas wollen sie alle: Arbeit und nochmals Arbeit! Und das ist ihr gutes, gerades Recht. Und wie wollen sie arbeiten! Viele, sehr viele von diesen Kopsarbeiterinnen und gelerntem Qualitätsarbeitern — und es sind nicht die schlechtesten gerade in dieser Gruppe Arbeitsloser — wollen und wünschen jetzt als ungelernete Arbeiter und Angestellte irgendwo und irgendwas wieder neu anzufangen und lieber heute als morgen. Aber wie viele Hemmungen und Hindernisse stellen sich ihnen da entgegen!

Die gemäßigten Arbeitslosen verlangen und fordern daher, daß bei jedem nächsten Arbeitsnachweis sofort eine Sonderstelle eingerichtet wird, die ihren Arbeitsnachweis besonders bearbeitet, regelt und prüft. (Es bedarf dazu lediglich eines Sonderhalters, aber dieser muß dann nur für sie und dann auch wirklich „da“ und vorhanden sein.) Sie verlangen hierbei keine Vorrechte vor ihren anderen arbeitslosen Kollegen. Sie verlangen aber die in ihrem Falle notwendige Sonderbearbeitung, Beratung und Arbeitsnachweisung.

Ferner verlangen sie — und die Arbeitslosenfrage wird ja auf dem Betriebsrätekongress einen der Hauptpunkte bilden — man mag sich zu ihm stellen, wie man will, ich stelle mich jedenfalls ganz links von ihm — da er aber nun mal da ist, verlangen die gemäßigten Arbeitslosen von diesem Kongress, daß er seine sämtlichen Betriebsräte verpflichtet, Aufsicht und Augenmerk zu richten auf die Neueinstellungen ihrer Betriebe. Gerade sie haben die beste Kontrolle im Betriebe selbst über den neuereinstellenden Arbeiter und Angestellten, ob er von einem partiellistischen Arbeitsnachweis kommt oder nicht.

Beide Forderungen dieser großen Arbeitsgruppen — und es ist ja der Inhalt dieser „Revolution“, daß gerade diese Gruppe immer größer und größer wird — sind von so dringender und drohender Bedeutung, daß für ihre strenge und straffe Durchführung sich die „Instanzen“, mögen sie nun Betriebsrätezentrale, Partei oder Gewerkschaft heißen, sofort für sie einsetzen müssen, um sie durchzusetzen. Aber, wenn möglich, ohne die langen und beliebigen Kommissions- und Ausschussführungen und Beratungen.

Wir gestehen, daß wir von diesem Hilferuf der Gemäßigten überrascht sind, denn wir halten es für die selbstverständliche, zumeist durch Statut festgelegte Pflicht der Gewerkschaften, daß sie sich der Interessen der Gemäßigten auf alle Fälle annehmen und sie auch bei der Stellenvermittlung bevorzugen. Inwieweit dabei eine Zusammenarbeit der öffentlichen Arbeitsnachweise mit den Gewerkschaften möglich ist, wäre zu untersuchen. Auf jeden Fall zeigt dieser Ruf der Gemäßigten, daß es notwendig ist, das Augenmerk der Gewerkschaften auf die Genossen zu richten, die in Folge ihrer gewerkschaftlichen oder politischen Tätigkeit erwerbslos geworden sind.

Die Zierden der Republik Geistesranke im Spitzeldienst

Vor dem Schöffengericht in Nürnberg fand am letzten Montag ein Prozeß statt, der wieder einmal ein grelles Schlaglicht auf jene Spitzelzentrafen warf, die in Deutschland überall aufgemacht worden sind. Angeklagt war der Leutnant Hummel, ein republikanischer Offizier, der seine sogenannten Kameraden dadurch beleidigt haben sollte, daß er sie als „verkappte Monarchisten“ bezeichnete. Leutnant Hummel gab zu, die Verurteilung getan zu haben, aber nur in bezug auf einige Offiziere, die während der Revolution die rote Armbrunde anlegten und beim Kapp-Putsch sich als begeisterte Monarchisten aufspielten. Die Verhandlung ergab, daß auf Leutnant Hummel, weil er Republikaner war, eine scharfe Spitzel gefehlt wurde, die ihn beschuldigen, auszufragen, gegen ihn arbeiten mußte, damit man die Unterlagen bekam, um ihn von seinem Posten zu entfernen. Die Vernehmung der Belastungszeugen gestaltete sich nun so:

Oberwachmeister Schmitz wußt nicht mehr genau, ob das Wort verkappte Monarchisten gefallen sei. Er glaube, daß das richtig sei, was er im April zu Protokoll gegeben habe.

Verteidiger Dr. Sühheim: Sind Sie von dem Leutnant Hitz der Polizeiwache in ein Kaffeehaus bestellt worden, um mit diesem die gerichtlichen Auslagen zu besprechen?

Oberwachmeister Schmitz gibt die Zusammenkunft zu, schweigt aber über die Unterhaltung.

Verteidiger Dr. Sühheim: Kennen Sie Brünninghaus? (Das ist der Führer der Spitzelabteilung! D. Red.)

Schmitz: Nein.

Verteidiger Dr. Sühheim: Kennen Sie Scherbenberg? (Das ist ebenfalls der Name eines Spitzels! D. Red.)

Schmitz: Nein.

Verteidiger Sühheim: Dann will ich es Ihnen sagen. Das sind Sie selbst. Sie gehören unter diesen Decknamen den Agenten-Abteilung der staatlichen Polizeiwache an.

Auf die weiteren Fragen über die Anstellung politischer Agenten zieht sich Schmitz auf seinen Dienstfeld zurück.

Ueber die Glaubwürdigkeit und den Charakter dieses Oberspitzels erfährt man vor Gericht unter Hinweis auf Gerichtsakten, daß der Oberwachmeister Schmitz, der unter den Decknamen Brünninghaus und Scherbenberg Spitzeldienste versah, vor Jahren wegen Betrugs unter Anklage stand. Er konnte nicht bestrast werden, weil ein gerichtsarztliches Gutachten feststellte, daß Schmitz vollständig degeneriert sei, daß ein Verfall seiner geistigen Kräfte eingetreten sei, daß er ferner Morphium sei. Ein weiteres ärztliches Gutachten, das 1914 eingeholt wurde, wies Schmitz, der aus Nürnberg ausgewiesen war, wegen Verstandes unter Anklage stand, fest, daß Schmitz zu jeder geistigen Tätigkeit unfähig sei.

Die Verteidigung erklärte sich bereit, dem Gerichte noch weitere Tatsachen über diesen Oberspitzel zu unterbreiten, wenn es gewünscht werde.

Das Gericht beschloß, dem Zeugen Oberwachmeister Schmitz wegen mangelnder geistiger Befähigung über den Eid nicht zu verurteilen.

Der nächste Belastungszeuge Karl Donath, Reisender, wies über die unter Anklage stehende Bezeichnung „verkappte Monarchisten“ heute auch nichts Neues. Auf seinen Eid könne er jedenfalls nicht nehmen, daß Hummel sich wirklich so ausgedrückt habe. So ein Eid sei eine lächerliche Sache.

Vorsitzender: Dann macht man auch nicht solche Berichte, wenn man es nicht genau weiß.

Zeuge Donath: Das sind so Gemütsverfassungen, in welchen man solche Angaben macht.

Verteidiger Dr. Sühheim: Sie waren doch früher Kommunist und sind jetzt bei den Deutsch-Völkischen. Wie reimt sich das zusammen?

Zeuge Donath: Das ist ganz einfach. Als Kommunist kann man auch bei den Deutsch-Völkischen sein.

Verteidiger: Was hatten Sie als Reisender auf der Polizeiwache mit Schmitz zu tun?

Zeuge Donath: Ich war geschäftlich dort.

Verteidiger Dr. Sühheim: Der Zeuge hat erklärt, daß er Reisender sei. Wie kann er politischer Agent ist und dafür bezahlt wird. Er kann das unter Eid nicht abstreiten.

Zeuge Donath schweigt.

Nach Vernehmung dieser beiden Zeugen verzichtet der Staatsanwalt auf weitere Beweisführung. Er verzichtete auch auf die Stellung eines Antrages wegen Bestrafung des Leutnants Hummel.

Nach einem kurzen Plädoyer des Verteidigers, der die Wertung dieses Prozesses geistige Spitzeln lausen ließ, sprach das Gericht den Angeklagten frei. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Der Staatsanwalt hat nur aus politischer Klugheit auf die Vernehmung weiterer Zeugen verzichtet und seinen Strafantrag gestellt. Im anderen Falle wäre nämlich der ganze Abgrund des Spitzelwesens aufgedeckt worden. Das sollte verhindert werden, denn man braucht die Spitzel auch, auch wenn sie geisteschwach oder Strauchritter sind, wie der famose „Reisende“ Donath. Im Reichstag ist eine Interpellation über das Spitzelwesen im neuen Deutschland eingebracht worden. Bei der Beratung, die hoffentlich sofort nach dem Zusammenritt des Parlaments erfolgt, wird die Deffektivität noch schauerlichere Dinge erfahren.

Die Politik des Ernährungsministeriums

Die deutsche Fettversorgung gefährdet

Uns wird geschrieben: Die „Freiheit“ hat vor kurzem Mitteilungen veröffentlicht, die ein recht merkwürdiges Licht auf das Verhalten des Ernährungsministers Dr. Hermes werfen. Aber ebenso wichtig ist es, die tatsächliche Politik des Ernährungsministeriums kritisch zu betrachten.

Der Besprechung bedarf in erster Linie das Verfahren des Ernährungsministeriums auf dem Gebiet der Fettversorgung. Mitte Mai erließ das Reichsernährungsministerium ein Einfuhrverbot gegen den Reichsausschuß, weil von dessen ständigen Einkäufen die kurz vor dem Ansteigen der deutschen Valuta geäußerten sich, da sie noch beim Tiefstand der Mark abgeschlossen waren, plötzlich als zu hoch bezahlt erwiesen. Das Reichsernährungsministerium sah in diesem Vorgang eine falsche Politik des Reichsausschusses und verbot ihm weitere Einkäufe, durch die er in der Zeit des Aufstiegens der deutschen Mark den Verlust hätte ausgleichen können.

Die Aufhebung der Rationierung für Margarine am 1. August brachte dann eine außerordentliche Steigerung des Verbrauches, und Anfang September waren die gesamten Vorräte bis auf geringe Reste verbraucht, während man zugleich die günstigste Zeit für den Einkauf, die des Steigens der deutschen Valuta während der Sommermonate nutzlos hatte verstreichen lassen. Die Folge davon ist, daß die Deilmühlen schon in diesem Monat, die Raffinerien zu Anfang und die Margarinefabriken zu Ende nächsten Monats zum Stillstand kommen müssen, wenn nicht mit neuen ungeheuren Verlusten jeht schleunigst zusammengelaufen werden soll, was man im Ausland bekommt. Für den nächsten Bedarf aber nützen auch solche mit Verlust vollzogene Rohstoffeinkäufe nichts, da zwischen Einkauf und Fertigstellung des verkaufsfähigen Produktes immer einige Monate liegen, und das Reichsernährungsministerium hat deshalb vor kurzem dazu übergehen müssen, statt der an die deutsche Industrie zur Verarbeitung abzugebenden Rohstoffe fertige holländische Margarine einzuführen. Das wäre an sich nur ein schmerzhaftes Beispiel dafür, wie das Reichsernährungsministerium das so viel gebrauchte Schlagwort von der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“ auslegen zu können glaubt. Es kommt aber hinzu, daß die fertig heringebrachte Auslandsmargarine pro Pfund 82 1/2 Cents kostet, das sind 14 M., während die im Inland hergestellte Margarine jetzt im Kleinhandel mit 11 M. zu kaufen ist.

Die Politik des Dr. Hermes hat also nicht nur verhindert, daß ein einmaliger zu teurer Einkauf durch einen späteren, billigeren ausgeglichen wurde, sondern häuft auf den Verlust, der der Reichskasse im Mai durch das Aufsteigen der Mark entstanden ist, jetzt beim erneuten Niedergehen einen weiteren Verlust. Sie führt gleichzeitig dazu, daß entweder die Margarinepreise im Kleinhandel erhöht werden müssen, oder daß der Reichssetat durch Bewilligung neuer Mandate für die Ernährung stark belastet wird und daß schließlich die deutsche fettverarbeitende Industrie ihre Betriebe einschränken oder gar stilllegen muß.

Berlin als Hafenstadt

Von Wilh. Schilling.

Die Berliner Bevölkerung ist über die Hafenerhältnisse der Stadt und den Verkehr auf den Wasserstraßen im allgemeinen wenig orientiert, trotzdem die einzelnen Gemeinden ungeheure Summen für moderne Hafenanlagen ausgegeben haben. Dies mag daher kommen, daß im Gegensatz zu anderen Binnenhäfen, die Berliner Hafenanlagen geographisch voneinander getrennt sind, was allerdings durch die Wasserstraßenverhältnisse bedingt ist. Dennoch muß das Interesse mehr als bisher auf diese wichtigen Verkehrsanlagen gelenkt werden.

Die Bedeutung des Güterverkehrs auf dem Wasser ist und wie er sich entwickelt hat, geht aus zwei Zahlen hervor. 1918 betrug der Gesamtgüterverkehr Berlins 5 640 000 Tonnen, dazu kamen 1 000 000 Tonnen auf die Vororte. Im letzten Friedensjahre 1913 umfaßte der Gesamtverkehr 8 724 786 Tonnen.

Die durch den Krieg bedingten enormen Beschädigungen dürften eine weitere Steigerung ergeben haben, allerdings steht zu befürchten, daß hier stellenweise (z. B. Osthafen) ein Rückgang eintritt. Groß-Berlin ist nun sehr lebhaft an eine Entmündung des Verkehrs auf den Wasserstraßen interessiert, und zwar nicht nur, weil es große Summen für Hafenanlagen aufgewendet hat, sondern im Allgemeininteresse. Gewiß muß dafür gestrebt werden, daß die Hafenerträge nicht auf Zuschüsse angewiesen sind, sondern Einnahmequellen für die Stadt werden. Diese Möglichkeit ist durch eine Zentralisation der verschiedenen Häfen gegeben, denn darüber dürfte es wohl keinen Streit geben, daß die Häfen unter einer Verwaltung kommen müssen, und diese kaufmännisch und technisch geleitet sein muß. Ferner liegt es in der Natur des Hafens, Spitzerei- und Schiffahrtsbetriebe, daß die kaufmännische Leitung die erforderliche Beweglichkeit haben muß, denn alles, was mit der Schiffahrt zusammenhängt, kann nicht schematisiert werden, sondern muß den eigenartigen, dem Laten oft unverständlichen, wechselvollen Beziehungen der Schiffahrt angepaßt werden.

Neben der Zentralisation der Häfen ist eine Überführung der staatlichen Liegestellen an die Stadtgemeinde Berlin notwendig. Erst dann wird eine planmäßige Disposition möglich. Da der Staat seit Jahren die Errichtung und Instandhaltung der Hafenanlagen den Kommunen überläßt, dürfte sein Interesse für die Liegestellen un wesentlich sein. Dieser Zustand erschwert nur die Verwaltung und macht sie kostspieliger; ein finanzieller Ausgleich dürfte sehr leicht zu erzielen sein. Die Befürchtungen Berliner Schiffahrtstypen, daß durch eine solche Zentralisation den Spezialbedürfnissen der einzelnen Schiffahrtsbetriebe nicht Rechnung getragen würde, dürften sich als unzutreffend erweisen, denn der Zweck der Zentralisation kann nur sein, verkehrsfördernd zu wirken.

Daß die Stadt versuchen wird, ihre mit den modernsten technischen Mitteln versehenen Hafenanlagen dem Allgemeininteresse nutzbar zu machen, ist selbstverständlich. Bisher war es oft so, daß einzelne Häfen überfüllt waren, die Waren tagelang unter fretem Himmel an Land lagen, während andere Häfen mit Spitzereibetrieben stilllagen. Gewiß muß hier spezialisiert werden, ob die Ladung in Berlin bleibt und wenn ja, wo, und hier nach dann der Vorschlag bestimmt werden; oder ob Umladung per Bahn erfolgt, nach welcher Richtung, kurzum stets muß nach verkehrspolitischen Grundfragen gebandelt werden. Dies bedingt ja die Lage Berlins als Mittelpunkt der Märktischen Wasserstraßen, der Elbe und der Oder.

Um planmäßig und erfolgreich den Güterverkehr auf dem Wasser zu fördern und die von und nach Berlin kommenden Güter schnellstens den Bestimmungsarten zuzuführen, ist eine Verbindung nicht nur mit den Häfen in der näheren Umgebung Berlins, sondern auch mit den in Betracht kommenden Häfen der Elbe und Oder erforderlich. Durch gegenseitige Verständigung kann allen gedient werden.

Doch Berlin hat auch die Pflicht, mehr als bisher für die schiffahrtstreibende Bevölkerung zu tun. Berlin ist in der Hauptsache Einfuhrplatz; die nach hier kommende Schiffahrt muß Berlin meistens leer verlassen. Dieser Umstand wirkt naturgemäß erzhörend auf die Frachttarife. Es wird ja nicht möglich sein, Ein- und Ausfuhr gleich zu stellen, aber immerhin ließe sich die Ausfuhr steigern. Es ist dies eine Frage der Organisation und der Propaganda. Der Schiffer läuft heute meist planlos umher, um Ladung zu erhalten; Genossenschaften versuchen ja regulierend einzugreifen, doch der Zustand ist unheilbar.

Groß-Berlin muß eine Zentralfähre für die Schiffahrt schaffen, wo nicht nur die Ladungsangebote zusammenlaufen, sondern auch eine gewissenhafte Orientierung über die Geschäftslage in den anderen Umschlagplätzen möglich ist. Auch die Lokalschiffahrt kann mehr als bisher ausgebaut und der eigenartigen Struktur des großen Gemeinwesens angepaßt werden. Berlin kann als Hafen- und Umschlagplatz erfolgreiches leisten, wenn das planlose Gegeneinander aufhört und planmäßig, nach Beilegung aller hemmenden Fesseln, gearbeitet wird.

Gewerkchaftliches

Der Streik der Zeitungsangestellten

Eine sehr gut besuchte Versammlung der streikenden Zeitungsangestellten nahm gestern den Bericht über die Streiklage entgegen.

Eine Verschärfung des Streikes ist in der Hinsicht eingetreten, daß eine Versammlung der Vertreter der Arbeiter in Zeitungsbetrieben, die gestern vormittag stattgefunden hat, die Erklärung abgab, dafür einzutreten, jede Sitzarbeit abzulehnen. Streikarbeit ist jede Arbeit, die bisher von Streikenden erledigt wurde; insbesondere auch indirekte Streikarbeit, d. h. solche Arbeit, die die Arbeiter bisher von Streikenden entgegengenommen haben und die jetzt durch Streikbrecher geleistet wird.

Auf Grund dieser Erklärung sind Komplikationen mit Buchdruckern, Buchbindern, Transportarbeitern usw. nicht ausgeschlossen. Auf jeden Fall wird über die Arbeiterschaft in Zeitungsdruckereien praktische Solidarität wachen.

Ebenfalls haben die Obleute der Zeitungsfrauen beschlossen, von Streikbrechern in den Zeitungsämtern keine Arbeiten anzunehmen.

Der Streik wird mit letzterem Einschüchtern durchgeführt, denn für die Angestellten dreht es sich um einen Existenzkampf. Als Streikenden sind sich der hohen Verantwortung der Gesamtarbeiterschaft gegenüber bewußt, sind sie es doch, die die Pläne der Unternehmer, einen Lohnabbau durchzuführen, zu durchkreuzen haben. Zahlreiche Sympathie- und Solidaritätsbewegungen liegen vor.

Der Streiktruppparole der gelben Verbände (Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter, Verbände und Gewerkschaftsbund der Angestellten) haben nur wenige Angestellte Folge geleistet. In einer Reihe von Betrieben haben die eigenen Mitglieder dieser Streikbrecherorganisationen ihr Mißtrauen ausgesprochen.

Der beliebte Bluff der Unternehmer, durch verordnete Sitzstreiken mit der Drohung der Entlassung, hat vollkommen seine Wirkung verfehlt.

Da gestern Nachmittag Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß begonnen haben, findet heute vormittag 8 1/2 Uhr im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße, eine Versammlung der Streikenden statt, in der ein Situationsbericht gegeben wird.

Ausperrung bei der Viktoria-Versicherungs-Gesellschaft

Die Viktoria-Direktion hat ihren Betrieb geschlossen. Kein Angestellter kann denselben betreten, um legendenartige Arbeiten zu verrichten. Die Angestellten haben einstimmig gegen diese Anordnung in massenhaft besuchter Betriebsversammlung protestiert, in der nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Die am 4. Oktober 1920 ordnungsgemäß einberufene massenhaft besuchte Betriebsversammlung der Viktoria-Versicherungs-

Gesellschaft erhebt Einspruch gegen die erfolgte Aussperrung durch ihre Betriebsdirektion. Sie stellt der Direktion nach wie vor ihre Arbeitskräfte zur vollen Verfügung. Sie erhebt gleichfalls energig Einspruch gegen die Behauptung des Arbeitgeberverbandes, wonach die Angestelltenorganisationen die Angestellten zur passiven Resistenz aufgefordert hätten. Im Gegenteil liegt die Anordnung dahin, daß jeder weiter sorgsam seine Pflicht erfüllt und seine Arbeit leisten soll. Die einzige Anordnung, die Ueberstunden abzulehnen, steht in vollem Einklang mit den Bestimmungen des Reichstarifvertrages und den bestehenden Gesetzen. Die Gesetze sehen eine Höchstzahl von 20 Ueberstunden im Jahre vor. Bisher ist diese Zahl monatlich erreicht worden. Die Angestelltenorganisation ist sich bewußt, daß sie Vertragstreue gehalten und nicht den Boden des Rechts verlassen hat.

Auch im Reich muß den Anordnungen der Organisation strikt Folge geleistet werden. Jede Abweichung nützt dem Arbeitgeberverband.

Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen E. V. verbreitet durch die Presse die Mitteilung, daß die Viktoria-Versicherungs-Gesellschaft sich gezwungen sah, ihren Betrieb ab 3. Oktober zu schließen. Diese Maßnahme ist infolge des Verhaltens der Beamtenorganisation hervorgerufen, die von Angestelltenorganisationen zu passiver Resistenz aufgefordert sei.

Demgegenüber stellt der Zentralverband der Angestellten fest, daß von ihm eine solche Anweisung nie erfolgt ist. Von ihm wurden die Versicherungsangestellten lediglich aufgefordert, weitere Ueberstundenleistungen zu verweigern. Diese Aufforderung entspricht durchaus den gesetzlichen Bestimmungen, da in allen Versicherungsbetrieben das gesetzlich zulässige Maß von Ueberstunden bereits bei weitem überschritten ist. Der Arbeitgeberverband ist sofort durch entsprechendes Schreiben des Zentralverbandes der Angestellten von seiner Falschmeldung unterrichtet.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter der städt. Güter

Im Reichsarbeitsministerium fanden am Sonnabend, den 2. Oktober, Verhandlungen zwischen den Parteien, dem Magistrat Berlin und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt. Die Verhandlungen führten zu einem Schiedspruch, dem sich die Beteiligten von vornherein unterwarfen. Der Schiedspruch bestimmt, daß die Löhne der Güterarbeiter für die Zeit vom 1. August bis zum 30. November d. J. wie folgt geregelt werden:

Zu den Sätzen des Tarifvertrages treten Teuerungszulagen, diese betragen: für männliche Vollarbeiter pro Woche 12 M., für Frauen pro Woche 8 M. und für Jugendliche pro Woche 5 M. Auf Grund dieses Schiedspruches ist die Arbeit am heutigen Tage wieder aufgenommen worden. Die bei der Beilegung der Abwässer beschäftigten Riechfeldarbeiter haben die Arbeit bereits am Sonnabend, den 2. d. M., aufgenommen.

Groß-Berlin

Dr. Löwenstein über die weltliche Schule

In einer öffentlichen Versammlung sprach am Sonntag vormittag in der Steglitzer Oberrealschule Dr. Kurt Löwenstein über die weltliche Schule. Er bedauerte es, daß die Sozialdemokratie in Weimar es verabsäumt habe, die reinliche Trennung von Staat und Kirche durchzuführen. Vom politischen Standpunkt sei der Staat eine weltliche Institution und müsse sich als solcher kirchlichen Fragen gegenüber neutral verhalten, d. h. er dürfe die Kirche weder unterstützen noch unterdrücken. Die Schule habe mit Religionsunterricht nichts zu tun, den Eltern, die ihre Kinder religiös erziehen lassen wollten, könne man ja anheimstellen, ihnen Religionsunterricht erteilen zu lassen. Im übrigen müsse man auf dem Boden weltgegendster Neutralität stehen. Wichtiger als die politische sei jedoch die erzieherische Frage. (Zuruf: „Noch wichtiger ist die sachmännliche Frage!“) Wenn es zur Erziehung der Jugend vom pädagogischen Standpunkt unbedingt notwendig sei, daß Religionsunterricht erteilt würde, so müsse man, auch wenn man aus politischen Gründen den Mißbrauch des Religionsunterrichts verdamme, für diesen eintreten. Denn, die da glauben, daß der Mensch zum Kaufbilde werde, wenn die Sittlichkeit der religiösen Erziehung entbehre, sei entgegenzuhalten, daß mit wie ohne göttliche Vorstellungen Unhöflichkeit aller Art begangen wurden. Die Sittlichkeit sei eben nicht in der Religion verankert, sondern wahle aus der Gemeinschaft des arbeitenden, wie des geniesenden Lebens. Die heutige starke Demoralisation sei nur deswegen möglich, weil alle Zusammenhänge durch den Weltkrieg gerüttelt worden seien und erst eine neue menschliche Gemeinschaft aufgebaut werden müsse. (Zuruf: „Mit Gott!“ Heiterkeit und Anbrüche.) Dr. Löwenstein antwortete darauf, daß man das tiefe religiöse Gefühl, das aus diesem Zwischenruf spräche, ehren müsse, auch wenn man auf einem anderen Standpunkt stehe. (Lebhafter Bravo.) Der Redner kam dann in längeren Ausführungen zu dem Schluß, daß man vom politischen Standpunkt den Religionsunterricht ablehnen müsse, und vom erzieherischen Gesichtspunkt aus seinen Grund habe, ihn einzuführen. Aus politischer und erzieherischer Notwendigkeit heraus müsse man die weltliche Schule fördern. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Die sachlichen Ausführungen Löwensteins wurden von der zahlreich erschienenen Opposition, abgesehen von einigen Zwischenrufen, mit großer Ruhe aufgenommen. Dagegen griff der zweite Redner, der bekannte mehrheitssozialistische Bürgermeister von Lanwitz, Dr. Ostrowski, im Gegensatz zu seinem Vorredner die anwesenden bürgerlichen Versammlungsbesucher scharf an. Der Kampf gegen Löwenstein stieg aus einer unreinen Quelle. Daran, daß dieser Jude sei, dürften sich die am wenigsten stoßen, die sich als Christen auf den Juden Jesus Christus berufen. (Stürmischer Widerspruch.) In der Diskussion antwortete Lehner Finte dem Dr. Ostrowski, daß Christus bekanntlich kein Jude gewesen sei. Löwenstein habe in seinem Vortrag nicht einen Fall aus seiner Schulpraxis erzählen können. Die Schule dürfe nicht zum Janusplatz der Parteien werden. (Stürmischer Widerspruch. Die übrigen Ausführungen des Redners gingen in dem Lärm verloren.)

In seinem Schlußwort verwarnte sich Dr. Löwenstein gegen den Vorwurf, daß er Nichtsachmann sei. Er habe von seinem 10. Lebensjahre an ununterbrochen an Privatschulen und Einzelkursen unterrichtet. Es erfülle ihn mit tiefem Schmerz, daß die Lehrerschaft, und besonders die Oberlehrer, mit ihrem Vorurteil nicht zurückhielten, bis sie keine Fähigkeiten geprüft hätten. Mit erregter Stimme fuhr Dr. Löwenstein fort: Keine Parteigenossen wissen, daß der, den sie auf diesen Posten gestellt haben, unbedingt darauf auszuhalten hat. Der Kampf um die Schule ist ein politischer. Und das wollen wir gerade herauswerfen. Der Geist der politischen Verhetzung hat es dahin gebracht, daß die Gymnasialkassen auf den Schulhöfen „Nieder mit Löwenstein“ schreien. Diesen Geist werden wir den Deutschnationalen und allen anderen Hehern gründlich austreiben. (Ob-Rufe. Zuruf: „Sie haben ja den Kampf herausbekommen!“) Ich sage es noch einmal: Diesen Geist, der seit dem Kapp-Putsch die Primaner unter dem Schutze der Oberlehrer mit Halenkreuzen herumschleppen läßt, diesen Geist in Schulen, die von der Allgemeinheit erhalten und bezahlt werden, den werden wir ihnen gründlich austreiben. Die Schule und die ganze Erziehung muß den großen Massen der arbeitenden Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Arbeiterschaft weiß jetzt, wofür sie kämpft. Führen Sie den Kampf nur so weiter, dann weiß auch der geringste Proletarier im hintersten Winkel, daß nur die Solidarität der Arbeitermassen gegen alle Dunkelmänner siegreich bestehen kann. Die weltliche Schule wird siegen, so sicher wie der Sozialismus den Kapitalismus niederringen wird. (Stürmischer Beifall, großer Lärm bei der Opposition.)

Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein kleiner Demonstrationzug von etwa 300 Personen, der durch die Straßen Steglitz zog und Vappplatz mit sich führte, auf denen zu lesen war: „Für die weltliche Schule! Wahre Religion, nicht Konfession!“ u. a. m. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Arbeiter-Bildungs-Schule U.S.P.D.

Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Kommunale Kommissionen. Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Aula des Köllischen Gymnasiums Vortrag der Genossin Klara Wenzl über: Wohl- fahrt und Jugendpflege.

Proletarische Feiertage. Am Sonntag, den 10. Oktober, Veranstaltung für die Distrikte 11, 12, 13 und Niesebarnim-Nord. Eintrittskarten à 2,50 M. sind zu haben in unserem Bureau, Breite Straße 8/9, in der Buchhandlung „Freiheit“, in der Zeitungspedition Wuyll, Johannsstr. 9 und bei den Funktionären.

„Volksbühne Norden“ Berlin-Pankow

Die in Berlin-Pankow, Breite Straße 34, im Konzerthaus Linder für die nördlichen Bezirke und den Norden Berlins errichtete „Volksbühne Norden“ wird am Dienstag, den 5. Oktober, mit Gerhart Hauptmanns Diebestomödie „Der Silberpelz“ eröffnet werden.

Es war schon lange ein Bedürfnis für den nördlichen Stadtteil des nunmehrigen Groß-Berlins ein stehendes Theater zu schaffen und es wird von der Einwohnererschaft mit außerordentlicher Freude begrüßt, daß dies nun Wirklichkeit geworden ist.

Es werden vorläufig wöchentlich drei Vorstellungen gegeben und zwar Dienstags, Mittwochs und Donnerstags, jedesmal um 7 1/2 Uhr abends beginnend.

Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig rund 3000. Nach den jetzt aus allen Richtungen eingehenden zahlreichen Meldungen ist zu erwarten, daß die Höchstzahl der Mitglieder von 6000 (mehr können gegenwärtig nicht aufgenommen werden) in kurzer Zeit erreicht sein wird.

Das Theater ist auf derselben Grundlage wie die freie Volksbühne Berlin aufgebaut und arbeitet in engster Fühlung mit derselben. Neben den Vorstellungen des Theaters werden noch Gastspiele vom Staatstheater gegeben werden.

Den auskunftsuchenden Arbeitslosen diene zur Mitteilung, daß die Räume des Arbeitslosenrates, Berlin, Klosterstr. 92, schon seit einigen Tagen geschlossen sind und auch fernerhin geschlossen bleiben, da die Erwerbslosenräte ihre Tätigkeit auf Grund der letzten Verfügungen eingestellt haben. Die Auskunftsuchenden werden auf das Auskunftsbureau der Erwerbslosenfürsorge, Breitestr. 26, 1 Tr., verwiesen.

Die Arbeitslosenräte Berlins und der Vororte halten am Dienstag, den 5. Oktober 1920, mittags 1 Uhr, Klosterstr. 92, 2 Tr., eine Vollerammlung der Groß-Berliner Arbeitslosenräte ab.

In Bafsladen ist seit dem 1. d. Mis. für Groß-Berlin folgende Einteilung getroffen worden: Inländer werden sich a) bei Reisen innerhalb Deutschlands (einschließlich der besetzten Gebiete, aber ausschließlich des Saargebietes) an das für den Wohnort zuständige Polizeiamt; b) bei Reisen nach dem Auslande und dem Saargebiet: 1. aus dem Bereich der Polizeiamter Mitte, Tiergarten, Friedrichshain, Hallesches Tor, Prenzlauer Tor, Wedding, Weihensee und Treptow an die Hauptpoststelle Berlin; 2. aus dem Bereich des Polizeiamts Charlottenburg an die Poststelle Charlottenburg; 3. aus dem Bereich der Polizeiamter Schöneberg, Zehlendorf und Stöglitz an die Poststelle Schöneberg; 4. aus dem Bereich des Polizeiamts Wilmersdorf an die Poststelle Wilmersdorf; 5. aus dem Bereich der Polizeiamter Neukölln und Tempelhof an die Poststelle Neukölln; 6. aus dem Bereich des Polizeiamts Lichtenberg an die Poststelle Lichtenberg; 7. aus dem Bereich des Polizeiamts Spandau an die Poststelle Spandau; 8. aus dem Bereich des Polizeiamts Köpenick an die Poststelle Köpenick; 9. aus dem Bereich des Polizeiamts Reinickendorf an die Poststelle Reinickendorf; 10. aus dem Bereich des Polizeiamts Pankow an die Poststelle Pankow. Ausländer und Staatenlose melden sich in allen Vakanzgelegenheiten an die Hauptpoststelle Berlin. Einreisegeld werden von den Polizeiamtern entgegengenommen und von diesen der Hauptpoststelle Berlin zur Entscheidung weitergeleitet.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Zur Förderung des Betriebens im Kreise veranstaltet der 1. Kreis (Prov. Brandenburg) des Arbeiter-Turn- und Sportbundes am 14. November in Berlin, Turnhalle Feinzeustr. ein Musterturnen-Weitturnen. Alle Vereine des Kreises werden zur Beteiligung eingeladen. Beginn nachmittags 2 Uhr. Zur Verbesserung des Programms bittet der Kreisturnauschuß um Beteiligung von Musterturnen in Freiluft- und Handgeräteeübungen.

Abgabe von Petroleum. Auch in diesem Winter wird Petroleum auf Marken verteilt. Diejenigen, die bisher Petroleum auf Marken zur Beleuchtung erhalten haben, können auf der zuständigen Brotkommission die erforderlichen Marken in Empfang nehmen. Diejenigen, die einen Antrag auf Bewilligung von Petroleum zur Beleuchtung noch nicht gestellt haben, müssen bis zum 15. Oktober bei den Brotkommissionen einen besonderen Antrag auf den hiesigen erhältlichen Vordruck stellen. Ob Spiritus zur Beleuchtung verteilt werden kann, steht zur Zeit noch nicht fest.

Leistung Petroleumsversorgung. Der Bedarf an Petroleum für Leuchtzwecke ist in Zukunft im freien Handel zu decken. Besondere Bezugsarten werden nicht mehr ausgegeben. Für gewerbliche Zwecke wird Petroleum auf Anweisung der Gewerbeaufsichtsbekanntmachung besonders zugewiesen. Die Kleinhandler dürfen das Petroleum ab Laden nicht höher als 4,75 M. das Liter und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht höher als 4,90 M. das Liter berechnen.

Ueber Abgabe von Arbeiterkleidung aus Militärkassen teilt uns die in der Gormannstraße 14 eingerichtete Verkaufsstelle der Betriebswerkstätten mit, daß die Verkaufszeiten wie folgt sind: Sonnabends 11 bis 1/2 Uhr, an den übrigen Werktagen von 11-6 Uhr; Montags ist die Verkaufsstelle geschlossen. Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Die Vollmilchkarten für November 1920 werden in den zum Milchwirtschaftlichen Berlin gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Freitag, den 8., und Sonnabend, den 9. Oktober, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Montag, den 11., und Dienstag, den 12. Oktober, für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am Mittwoch, den 13., und Donnerstag, den 14. Oktober 1920. Jedoch sind den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zuteilfallen, sämtliche Milchkarten an einem Tage auszuhandeln. Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Rostmilk-Karten bis zum 19. Oktober 1920 einschließlich den Kleinhandlern vorzulegen.

Es dürfen sich Inhaber von „A“ und „B“-Kinderkarten und von Karten über 1/2 Liter, welche mit „A“ gekennzeichnet sind, nur in den durch ein Vorkauf gekennzeichneten „A“- und „B“-Milkgeschäften, Inhaber der übrigen Vollmilchkarten nur in den durch Vorkauf kenntlich gemachten „C“-Milkgeschäften zum Bezug von Vollmilch anmelden. Rähmittelbezugscheine über je 1 1/2 Pfund werden an die am 1. Oktober 1919 und später geborenen Kinder, Rähmittelbezugscheine über je 1 Pfund an die in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1919 geborenen Kinder zusammen mit den November-Milchkarten verausgabt.

Ein weiterer Vorkäufer für das Lichtenberger Mietsamt. Der Magistrat hat beschlossen, für das Mietsamt einen weiteren Vorkäufer, der für das Richteramt oder den höheren Verwaltungsdienst befähigt sein muß, einzustellen. Die Ausschreibung der Stelle soll mit zeitgemäßen Gehaltsföhen erfolgen.

Bermitt. Seit Sonntag, den 28. September, ist die 15-jährige Lotte Karigenski, wohnhaft Fennstr. 19, verschwunden. Das Mädchen hat hellblonde Haare, war bekleidet mit schwarzem Mantel, weißer Bluse, blauem Rock, trag durchbrochene Strümpfe und schwarze Halbschuhe. Zuletzt wurde das Mädchen in den Germania-Prachtbällen am 28. 9. gesehen. Alle Personen, die nähere Mitteilungen machen können, werden von den Eltern, Fennstr. 19, dringend um Nachricht gebeten.

Eine Schulfestungsfeier in Neukölln veranstaltet die Sozialistische Proletarierjugend Neuköllns am Mittwoch, dem 6. Oktober im Konzerthaus der Neuen Welt. Nach den Auffüh-

